

Ueberstunden verlangt, als wie 10 Pfg. pro Stunde; aber in der Praxis weiß jeder, daß sich am Lohnstag weder Meister noch Gehilfe die Zeit nehmen, 40 Proz. Aufschlag auf 45 Pfg. Lohn für 7 Ueberstunden zu berechnen. Der Aufschlag wird so im Ueberschlag gemacht und der Gehilfe ist zumeist der Leidtragende. Deshalb ist die Vereinbarung eines festen Aufschlages vorzuziehen.

Als Aufschlag für Ueberzeitarbeit ist bei den Tarifen festgelegt: In 16 Tarifen 5 Pfg. pro Stunde, in 64 Tarifen 10 Pfg., in 3 Tarifen 15 Pfg., in 2 Tarifen 20 Pfg. Ferner finden wir 1 mal 15 Proz., 1 mal 20 Proz., 7 mal 25 Proz., 1 mal 30 Proz. und 3 mal 33 1/2 Proz. Aufschlag.

Als Ueberstunde wird nach unseren Tarifen gerechnet: Die Zeit bis 8 Uhr abends für 11 Tarife, bis 9 Uhr abends für 13 Tarife, bis 10 Uhr abends für 39 Tarife, von 5-6 Uhr früh für 2 Tarife, von 5-7 Uhr früh für 3 Tarife, von 6-7 Uhr früh für 13 Tarife. Nach dieser Zeit werden die Arbeitsstunden als Nachtarbeit berechnet und ist hierfür folgender Aufschlag tariflich vereinbart: 10 Pfg. für 12 Tarife, 15 Pfg. für 6, 20 Pfg. für 23, 25 Pfg. für 15, 30 Pfg. für 5, 40 Pfg. für 1, 50 Pfg. für 2 Tarife; 20 Proz. für 1 Tarif, 25 Proz. für 1, 30 Proz. für 2, 40 Proz. für 2, 50 Proz. für 16, 60 Proz. für 1, 75 Proz. für 1 und 100 Proz. für 5 Tarife.

Bei 28 Tarifen ist ferner festgelegt, daß nach je drei Stunden Arbeit eine halbe Stunde Pause einzutreten hat, die mitbezahlt werden muß. Obwohl Nachtarbeit im Allgemeinen selten vorkommt, läßt auch hier die tarifliche Vereinbarung an einigen Orten erkennen, daß es der Eigensinn der Meister nicht zuließ, der allgemeinen Norm zu folgen, sie mußten eine Extrawurst gebraten haben. So ist abweichend vereinbart: nach 4 Std. 1/2 Std. Pause, 1/2 Std. nach 5 Std. Arbeit, 20 Minuten nach 8 Stunden.

Als Aufschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit sind vereinbart: 5 Pfg. für 2 Tarife, 10 Pfg. für 17, 15 Pfg. für 8, 20 Pfg. für 20, 25 Pfg. für 10, 30 Pfg. für 4, 35 Pfg. für 2, 50 Pfg. für 1 Tarif; 20 Proz. für 1 Tarif, 25 Proz. für 1, 30 Proz. für 2, 40 Proz. für 2, 50 Proz. für 13, 60 Proz. für 1 und 100 Proz. für 8 Tarife.

100 Prozent Aufschlag sind ferner vereinbart, wenn die Arbeit länger als 6 Stunden beträgt 5 mal, wenn an hohen Festtagen gearbeitet wird 4 mal. In einem anderen Tarif ist festgelegt, daß an Sonntagen 7 Stunden und zwar von 8 bis 4 Uhr gearbeitet wird, wofür 10 Stunden zu zahlen sind. Außerdem ist noch in einem Tarife vermerkt, daß bei Sonntagsarbeit auf Wunsch der Kundschaft, nicht wie sonst 10 Pfg. Aufschlag zu zahlen sind, sondern 15 Pfg. Aufschlag gegeben werden müssen. Diese Einschränkung ist nur berechtigt, wenn es die Kundschaft so eilig hat, dann mag sie auch höchlich zahlen.

Daß in einer Reihe Tarife besonders betont ist, Ueberstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit darf nur in dringenden Fällen gemacht werden und ist möglichst einzuschränken, braucht wohl kaum extra erwähnt zu werden.

Bei Fassaden und sonst gefährlichen Arbeiten ist in 37 Tarifen ein Aufschlag vereinbart. Der Aufschlag beträgt 2 Pfg. für 1 Tarif, 2 1/2 Pfg. für 1, 3 Pfg. für 2, 4 Pfg. für 1, 5 Pfg. für 22, 10 Pfg. für 5 und 20 Pfg. für 1 Tarif. 50 Pfg. Aufschlag pro Tag ist in 3 Tarifen festgelegt. Bei einem weiteren Tarif pro Tag 1 Mk., wenn an Hängegerüsten gearbeitet wird. Bei 8 Tarifen wird der Aufschlag nur beim Gerüsttransport, beim Aufstellen und Niederlegen des Gerüsts bezahlt. Außerdem ist die Zahlung eines Aufschlages mehrfach an verschiedene Bedingungen gebunden. So wird 5 mal 5 m Höhe vorgeschrieben, 2 mal 6 m, 2 mal 10 m. Ein andermal heißt es, über dem 2. Stock. Dann ist 3 mal genannt bei freistehenden Leitern, 7 mal bei Hängegerüsten. Aufschlag wird auch bezahlt, wenn Eisenkonstruktion gestrichen wird, schließlich wenn über laufenden Maschinen gearbeitet werden muß.

Alle diese Aufschläge sind nur berechtigt, sie müßten noch mehr eingeführt werden, wie dies bisher der Fall ist. Bei dem geringen Schutz, der den Kollegen heute bei der überhasteten Arbeit geboten wird, haben sie alle Ursache, sich für das Risiko, das sie übernehmen, bezügl. ihrer Gesundheit und ihres Lebens auch besser bezahlen zu lassen.

Der Tarifgedanke bei unseren Unternehmern.

Auf dem Malertage in Hannover, den Herr Hansen kürzlich überschwänglich als „einen Markstein in der Geschichte des deutschen Malergewerbes“ bezeichnete, dessen gewaltige Bedeutung für die Geschichte der Zukunft von allen deutschen Malermeistern in allen Teilen des Reiches erkannt und geschätzt werden wird und dessen weithin leuchtende Inschrift lautet: „In der Einigkeit liegt unsere Macht!“ wurde bekanntlich im Gegensatz zu früher offiziell für Tarifverträge Propaganda gemacht. Herr Hansen brauchte sich hier nicht wieder wie anno 1905 in München wegen seines Eintretens für Tarifverträge einen „Verteidiger der Gehilfen und Streikbrüder“ schimpfen oder mit einer Pfanne aus einem Bech mit unaussprechlichem Namen vergleichen zu lassen, sondern man stimmte seiner warmen Beschwörung der Tarifverträge ohne Debatte und zwar einstimmig zu. „Der deutsche Malertag steht auf dem Boden der Tarifverträge“ lautete kurz und bündig die angenommene Resolution. Sogar für einen „Generalarbeitsvertrag“ und für ein „Tarifamt für das Deutsche Reich auf

paritätischer Grundlage unter unparteiischem Vorbehalt“ erklärte man sich einstimmig, als wenn in den Kreisen unseres Unternehmertums nicht bisher ein weitverbreiteter Haß gegen jede tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestanden hätte.

Woher dieser Umschwung in den Anschauungen unserer Unternehmer gekommen ist, berichtet Herr Hansen bekanntlich mit folgenden Ausführungen:

„Die Organisation der Arbeiter, die das Bestreben hat, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben durch Erlangung höherer Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, ist im Laufe der Jahre ein Machtfaktor geworden, mit dem gerechnet werden muß.“

Und weiter fügte er hinzu:

„Wir können uns heute nicht mehr auf den Standpunkt stellen, den unsere Väter vor 20 Jahren einnahmen, als sie bei ausbrechenden Streiks erklärten: „Wir kennen die Organisation der Arbeiter nicht.“ Das geht heute nicht mehr. Die Organisation der Arbeiter ist ein Faktor, mit dem gerechnet werden muß.“

Daß in Hannover ein anderer Wind wehen würde wie zwei Jahre früher in München, war vorauszu sehen, nachdem es unserem Verbands gelungen war, den an den meisten Orten revoltierenden Meistern hunderte von Lohn-tarifen aufzuzwingen und nachdem auch die süddeutschen Malermeister ihren Widerstand offiziell aufgegeben hatten, die bis vor ganz kurzer Zeit in ihrer Mehrheit nicht eintreten wollten, weil sie mit Tarifen noch weniger zu rechnen brauchten und mit ihrer Organisation der modernen Entwicklung und der in deren Gefolge heranwachsenden Gehilfenorganisation näherweise glaubten trohen zu können. Diese früher so tariffeindlichen süddeutschen Unternehmer hatten bereits vor dem Malertag, am 18. August 1907, auf ihrer Darmstädter Tagung folgende Resolution angenommen:

„Der Malertag erblickt in der Gründung von Tarifgemeinschaften und dem Abschluß von Tarifverträgen ein Mittel zur Anbahnung besserer Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitern zur Einschränkung der durch fortwährende Lohnkämpfe entstehenden Benachteiligungen und Schwächigungen des Malergewerbes zur gleichmäßigen Gestaltung der Lohnverhältnisse, zur Herstellung einer sicheren Grundlage zwischen Konsument und Produzent in bezug auf Berechnung der Arbeitsleistung, zur Besserung des Submissionsweins und endlich zur Einschränkung der Schmutzkonkurrenz. Er beschließt: Der Malertag wird beauftragt, die Vorarbeiten zur Gründung von Tarifgemeinschaften und den Abschluß von Tarifverträgen im Malergewerbe baldmöglichst in Angriff zu nehmen.“

Rechtgläubige konnten danach vielleicht in den Glauben verleiht werden, daß die letzten Kämpfe um das Prinzip der Lohn-tarife im Vorjahre in unserem Berufe geschlagen worden wären. Eingeweihte wußten indessen nur zu gut, daß es den Unternehmern, wenn sie sich auch mit den Lohn-tarifen an sich in Zukunft schon eher abfinden werden wie bisher, in der Hauptsache doch nur darum zu tun ist, mit Tarifverträgen weiter zu gelangen als wenn sie sich auch ferner wie ihre „Väter vor 20 Jahren“ diesen natürlichen Gebilden der modernen Entwicklung blindlings entgegenstemmen würden. Wenn Herr Hansen in den Tarifverträgen und zwar ziemlich übereinstimmend mit uns kein „Mittelmittel zur dauernden Erhaltung des gewerblichen Friedens“, hin-zuer aber „ein für unser Gewerbe und in unserer Zeit brauchbares Mittel“ sieht, so werden doch auch noch auf lange hinaus bestimmte Unternehmertreife darüber ganz anders denken, denn es ist für Leute, denen es bisher möglich war, alte, im großen und ganzen überlebte Verhältnisse zu ihren Gehilfen aufrecht zu erhalten, nicht leicht, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß nicht lediglich sie zu bestimmen haben, unter welchen Bedingungen sich die bei ihnen zum Arbeiten Gezwungenen ausbeuten lassen müssen. Dies geht aus folgenden Ausführungen in Nr. 40 der „Südd. Malerztg.“ vom 6. Oktober 1907, also einen Monat nach dem Malertag in Hannover hervor:

„Weslich erfolgt die Anerkennung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber erzwangsweise und aus Gründen des Terrorismus der Arbeitnehmer, mehr also der Not gehorchend als dem eigenen Erbe.“

In Nr. 41 wird indessen wiederum der Rat erteilt, man solle sich im Verfolg der Beschlüsse von Hannover „mehr als früher mit dem Wesen der Tarifverträge beschäftigen“ und „in weitest-er Weise für Aufklärung in dieser wichtigen Sache Sorge tragen und dadurch den Meistern die Möglichkeit verschaffen, ruhigeren Gefühls bei Eintritt von Lohnbewegungen allen Forderungen prüfend gegenüber zu stehen.“

Man redet also zunächst immer wieder von Terrorismus, wenn die Meister von unseren Kollegen zur Anerkennung von Tarifverträgen, die man in Hannover doch einstimmig anerkannte, veranlaßt werden, gesteht auch ein, daß man dabei meist nur der Not gehorcht, um sich dann aber doch in die nun einmal geschaffene unermessliche Situation zu fügen. Schließlich berrät man auch noch, daß sich viele Unternehmer nicht ohne weiteres daran gewöhnen können, daß ihnen Stuhl um Stuhl der alten Herrenwürde streitig gemacht wird und sie mit den Tarifverträgen zugleich auch in die Anerkennung der Organisation willigen müssen. In die Anerkennung der Organisation willigen müssen.

„Hauptvoraussetzung für den Abschluß von Tarifen ist die gegenseitige Anerkennung der Organisationen; sie müssen sich als gleichberechtigte, geeignete und auch legitimierte Faktoren betrachten. Hier legt aber schon gleich der Widerstand der Arbeitgeber ein: Es ist zuzugeben, daß es Leute, die in alten, zum Teil patriarchalischen Zuständen

aufgewachsen sind, schwer wird, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben, allein aufhalten kann diese Ereignisse heut-zutage wohl niemand mehr; es handelt sich nur darum, ob es klug ist, sich gegen den modernen Geist zu stemmen.“ „Schlimm wird es noch viel Aufklärungsarbeit kosten, wobei unsere Kollegen durch energisches Vorgehen und zähe Ausdauer in ihrer Organisation und bei deren Aktionen große Dienste leisten können, um die in alten vermoderten Anschauungen befangenen Unternehmertreife freieren Anschauungen zugänglich zu machen.“

Dem wird aber auch wieder von gewisser Seite ganz systematisch entgegengearbeitet; einmal, indem man den scheinbar in Hannover abgetanen alten Kohl, wie er bisher gegen die Tarife, Minimallöhne usw. herhalten mußte, wieder aufwärmt, oder indem man nach wie vor gegen unsere Organisation in der blödsinnigsten Art und im vollendetsten Sauherdenton wütet, wie dies in der „Südd. Malerztg.“ vom 19. Januar geschieht; zum anderen, indem man die Ausbreitung der Tarife durch fernere Propagierung von Gedanken hindert, die wir nun einmal strikte ablehnen. Denn wir willigen nicht in Tarife, die mit Bestimmungen belastet sind, die den praktischen Wert der Tarife für die darunter Arbeitenden vernichten würden.

So kann man es besonders in der Heb. der „Südd. M.-Ztg.“, trotz auch dort anzutreffender schüchternen Versuche, nach und nach die scharfmacherischen Scheuklappen abzulegen und zum Verständnis der realen Verhältnisse zu gelangen, immer noch nicht lassen, mit der berühmten Mindestleistungsklausel treiben zu gehen. Diese süddeutschen Herren halten es also für richtig, nachdem der Malertag in Hannover die Ausführungen des Herrn Hansen gegen die Mindestklausel zustimmend entgegennahm, immer wieder von hinten herum zu versuchen, mit dieser berühmten Klausel, der praktischen Fortbildung des Tarifgedankens in unserem Beruf Schwierigkeiten zu bereiten. So hieß es unterm 6. Oktober 1907 in dem erwähnten Organ u. a.:

„Wir erleben es in unseren Reihen alljährlich zur Genüge, daß durch die Organisation der Gehilfen, gleichviel mit welchen Mitteln, der Arbeitgeber gezwungen wird, mit der Anerkennung des Minimallohnes sowie der Mindestleistung das Existenzminimum des Arbeiters mit in Kauf zu nehmen, ob nun einzelne Arbeiter diesen Minimallohn erreichen oder nicht.“

In Nr. 49 hieß es:

„Man wird einen gewissen Zusammenhang zwischen Existenzminimum und Minimallohn nicht leugnen können, unabweisbar näher liegt aber der Zusammenhang beim die Abhängigkeit des Minimallohnes von einer Mindestleistung und eben hier die gerechten Wechselwirkungen gefunden und formuliert sein werden, bleibt auch der Gesamtwert der Tarifverträge ideale Schönheit.“

Und zu einem Bericht über eine Versammlung unserer Darmstädter Kollegen, in der die Aufstellung eines verbesserten Lohn-tarifes beschlossen wurde, schrieb man:

„Wir sind heute schon begierig, wie der von den Gehilfen aufgestellte „gerechte Lohn-tarif“ aussehen wird. Ob neben dem Mindestlohn auch eine Mindestleistung eingeführt wird?“

Was will man mit dieser Propagierung der doch nun einmal ganz unpraktischen und undurchführbaren, wider-sinnigen und nur auf die Diskreditierung der Lohn-tarife abzielenden Klausel anders, als bei Entwicklung der Tarife Hindernisse bereiten? Hat man es vielleicht nötig, gewissen Stimmungen in den Kreisen der Unternehmer Rechnung zu tragen, indem man heute für Tarife schwärmt, morgen aber erklärt, daß man glaubt, durch deren Wortlaut den Meistern die früheren idyllischen Zustände von hinten herum doch erhalten zu können?

Sollte man nicht die ehrliche Absicht haben, den Tarif-gedanken in unserem Berufe fördern zu wollen, daß man der Gehilfenschaft möglichst günstige Existenzverhältnisse garan-tiert, die Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitgebern bekämpft und durch beides und deren selbstverständlichen Folgeerscheinungen Ordnung und Sicherheit in unsere Berufsverhältnisse einführt, unter gleichberechtigter Mitwir-kung der beiderseitigen Organisationen, so wird man die organisierte Gehilfenschaft in jedem Falle auf dem Plane fin-den, die, wenn die Unternehmer sich der natürlichen Entwic-kelung hinderlich zeigen, den Tarifgedanken und die Anerken-nung ihrer Organisation dennoch durchsetzen wird.

Die Verhandlungen des 2. Allgemeinen Deutschen Malertages in Hannover.

(Fortsetzung.)

Herr W e n e r - Barmen führt aus: „Meine Herren! Es handelt sich für uns darum, die Grundlage und die Richtschnur festzulegen, nach welcher sich die Gründung eines allgemeinen Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe vollziehen soll. Die erste Frage betrifft dabei die Organisationsform. Die Mitglieder der Kommission sind sich darüber einig, daß diese Form darin bestehen muß, daß die bestehenden Arbeitgeberverbände, aber auch nur diese, Mitglieder des neuen allgemeinen Verbandes werden könnten. In diesem soll eine Einzelmitgliedschaft nicht eingeführt werden.“

Die zweite Frage ist die, wie wir uns zu der Aufnahme von Innungen, freien Innungen und Zwangsinnungen, sowie Innungsverbänden zu stellen haben. Das Zunftgesetz läßt in Preußen den Anschluß an Arbeitgeberverbände unter gewissen Bedingungen nicht zu. Wir haben nun die Sache dahin geregelt, daß wir beschließen haben, daß Innungsverbände unserem Verbands als Verbände beitreten können, solange sie in der Lage sind, unseren Beschlüssen Folge zu leisten. Verboten ein Eingriff der Regierung über

ein Gesetz den Innungen, unsere Beschlüsse auszuführen, so müssen die Innungen aus unserem Verbandsaussehen. Ferner haben wir beschlossen, die Innungen aufzufordern, überall Arbeitgeberverbände zu gründen. Hoffentlich werden sie das nun auch tun. Die Kommission hat es als wünschenswert erklärt, daß die Innungen nicht als Korporationen, sondern als Einzelmitglieder der bestehenden oder noch zu gründenden Arbeitgeberverbände, unserer neuen Organisation beitreten.

Sodann kommen die Beitragsleistungen. Auf Grund aufgestellter Berechnungen sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß ein Beitrag von 40 M pro 1000 M gezahlter Löhne zur Unterhaltung der Centrale genügen würde, daß dieser Beitrag aber auch unbedingt gezahlt werden müsse. Nach der Ansicht sämtlicher Mitglieder der Kommission würde es durchaus falsch sein, mit den Mitteln für die Centrale irgendwie zu knappen. Die Mittel müssen in reichem Maße fließen, so daß es ausgeschlossen ist, daß irgendein Defizit eintreten kann, namentlich darf das nicht gleich beim Beginn unserer Tätigkeit der Fall sein.

Ein weiterer Punkt war die Geschäftsstelle. Nach mancherlei Beratungen und Erwägungen haben wir uns dahin geeinigt, die Geschäftsstelle nach Berlin zu legen. Der Sitz des Verbandes soll auch nach Berlin kommen, und zwar haben wir damit gerechnet, einen speziellen Vorstand für den neuen Verband zu wählen bzw. vorzuschlagen. Wir schlagen vor, die Vorsitzenden der einzelnen Provinzialverbände, aus welchen sich der allgemeine Verband zusammensetzt, bilden den Vorstand unter dem Vorsitz des Herrn Kruse. Herrn Kruse sollen zu seiner Unterstützung noch zwei Berliner Herren beigegeben werden und diese bilden dann den engeren Vorstand. Sie würden nur die ausübende Gewalt haben. Wir sind ferner dahin übereingekommen, das Deutsche Reich in vier Gauen zu teilen, in Süddeutschland, Rheinland und Westfalen und in zwei weitere, das übrige Deutschland umfassende Gauen, deren Grenzen noch festzulegen sein werden. Die Sitze der Gauen sind für Süddeutschland München, Vorsitzender Stolz, Rheinland-Westfalen Elberfeld, Vorsitzender Wipperling, den dritten Gau Leipzig, Vorsitzender Schulz, den vierten Gau Hamburg, Vorsitzender Hansen.

Ich komme nun zu den tatsächlichen Fragen. Die erste ist die, ob wir dazu übergehen sollen, einen Generaltarif festzustellen, der für die einzelnen Lokalverbände allgemeine gültige Bestimmungen enthalten soll. Diese Frage ist bejaht worden. Eine weitere Frage betraf die Notwendigkeit eines solchen Tarifs, das auf paritätischer Grundlage errichtet werden soll, anerkannt. Der Vorsitzende dieses Amtes soll unparteiisch sein. Die Konferenz war der Ansicht, daß bei Streitigkeiten über die Fortführung abgeschlossener Tarifverträge die Gehilfenschaft das Recht hat, zu verlangen, daß ein paritätisches unparteiisches Tarifamt arbeitet, das über diese Streitigkeiten entscheidet.

Wir sind ferner zu der Überzeugung gekommen, daß das Tarifamt die Pflicht und die Aufgabe habe, sämtliche künftige abzuschließende Tarifverträge auszuertigen. Es soll nicht mehr ein einzelner Ortsverband mit der Lokalorganisation der Gehilfen einen Tarifvertrag abschließen, sondern das soll in Zukunft durch das Tarifamt geschehen. Die Ortsverbände sollen die Vorarbeiten erledigen, soweit das möglich ist. Gelingt es, in allen Punkten Einigkeit zu erzielen, so braucht das Tarifamt die fertige Arbeit nur zu unterzeichnen. Wird eine Einigung nicht erzielt, so haben sich die Lokalverbände an den Vorstand des Gewerbandes zu wenden, und wenn auch dort keine Einigung zustande kommt, hat das Tarifamt die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Der letzte Punkt, über den wir uns längere Zeit unterhalten haben, war die Agitationsweise. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß jeder Gewerband die Pflicht hat, mit allen Kräften und mit allen Mitteln für den weiteren Ausbau des Gewerbandes zu sorgen. Es kann nicht Aufgabe des Zentralvorstandes sein, ganz Deutschland mit einer Agitation zu überziehen. Der Bezirk Deutschland würde wohl doch etwas zu groß sein.

Das sind im wesentlichen die Punkte, über die wir beraten haben. Die Quintessenz ist die, daß wir, wenn Sie unsern Vorschlägen zustimmen, nicht mehr mit einzelnen lokalen Bewegungen zu rechnen haben. In Zukunft wird es heißen: entweder für ganz Deutschland Frieden im Maler- und Kunstfärbergewerbe oder Krieg. Wenn Sie zu diesen Beschlüssen Ihre Zustimmung geben — und Sie dürfen überzeugt sein, daß wir diese Beschlüsse nur nach reiflicher Überlegung gefaßt haben — dann werden Sie unserem ganzen Gewerbe einen Dienst erweisen, von dessen Größe Sie sich augenblicklich vielleicht noch gar keine Vorstellung machen.

Kruse - Berlin: „M. Herrrent! Ich freue mich, daß die Anregungen, die hier von meinem Hrn. Mitreferenten und mir gegeben worden, auf so fruchtbareren Boden gefallen sind. Glauben Sie nicht, daß es in unsern achtstündigen Beratungen so leicht gewesen ist, wie heute, die Geister unter einen Hut zu bringen. Sie sind vielmehr wiederholt recht lebhaft aufeinander geplagt, und es hat der vollen Autorität des Vorsitzenden bedurft, damit die Verhandlungen weiter geführt werden konnten. Was wir erreicht haben, soll ja auch nichts anders als eine Nichtschmerz sein. Jeder einzelne Verband soll seine volle Bewegungsfreiheit behalten; er soll ruhig weiter arbeiten wie bisher. Einzelne gewisse Rechte haben wir der Centrale allerdings nicht verweigern können, z. B. daß dieselbe zu jedem abgelehnten Tarife die Genehmigung zu erteilen hat. Wenn in irgend einem Orte die Organisation der Gehilfen an Sie mit Lohnforderungen herantritt, die Sie nicht bewilligen können, so werden Sie die Sache in erster Linie dem Provinzialverband zu unterbreiten haben und in letzter Linie erst der Centrale. Die Abschlichtungstheorie, wie sie in den letzten Jahren geübt worden ist, hat aufgehört. Wir stehen nicht mehr einzeln da, sondern hinter jeder Lohnbewegung steht jetzt das gesamte organisierte Malergewerbe Deutschlands. Unter dem Tarifwesen wird Ordnung herrschen. Die ganze Macht der Organisation wird hinter jedem einzelnen Kollegen stehen, und ich glaube, daß die Herren Kollegen von der Wichtigkeit der Sache durchdrungen sind, und glaube auch, daß sie bei den Tarifberatungen immer das richtige Maß halten werden. Ich glaube aber nicht, daß die Gehilfenschaft so leichten Sinnes über unsere Tagung hinweggehen wird. Der heutige Tag wird ein Markstein sein in

der Geschichte des deutschen Malergewerbes. Sorgen Sie dafür, meine Herren, daß das, was heute hier beschlossen worden ist, zu Hause auch gehalten wird.“

Präsident Schulz: „Ich verlese die Resolution. Sie lautet: „Der II. Deutsche Malertag in Hannover beschließt die Gründung eines Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände des deutschen Malergewerbes mit dem Sitz der Centrale und des Hauptvorstandes in Berlin.“

Ist jemand gegen die Resolution, dann bitte ich, die Hand zu erheben. — Es ist niemand dagegen. Die Resolution ist angenommen.“

In der Diskussion nimmt zunächst Herr Grobmann - Hannover das Wort: Wir können wohl von Glück sagen, daß gestern die Gründung eines Arbeitgeberverbandes für ganz Deutschland hier beschlossen worden ist. Mit Einstimmigkeit wurde der Vorschlag angenommen und in seinen Grundzügen genehmigt. Die starken Verbände Hamburg und Berlin sind die Grundpfeiler geworden zu dem, was wir den deutschen Arbeitgeberverband nennen. Zu diesen beiden Säulen des neuen Hauses treten im Süden der süddeutsche Verband und im Westen der rheinisch-westfälische Verband. Der weitere Ausbau des Gebäudes erscheint vollkommen gesichert. Mag der einzelne noch Privatinteressen haben, mag er mit diesem oder jenem nicht ganz einverstanden sein, die Ausarbeitung der neuen Organisation wird so erfolgen, daß wir uns alle in der Einigkeit wieder finden werden, mit der wir gestern die Sache überhaupt bejaht haben. Ich kann Ihnen jedenfalls erklären, daß der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband, dessen Vorsitzender ich bin, mit der Einrichtung des Zentralverbandes, wie sie in der Vorversammlung beraten worden ist, vollständig einverstanden ist.

Wenn ich nun etwas weitergehen darf, so halte ich für eine der nächsten Aufgaben des neuen Verbandes die Einrichtung eines Bureaus, sowie die Anstellung eines Sekretärs mit der nötigen Beihilfe. Andere Sekretäre sollen das ganze Deutsche Reich bearbeiten. Nebenher müssen wir eine Zeitung gründen, die jedem Kollegen wöchentlich zugeht, genau so, wie es uns die Organisation unserer Gehilfen vorgemacht hat. Der Kollege in Königsberg, in Breslau, in München und in Bremen muß immer wissen, welche Vorgänge sich in unserem Gewerbe abspielen haben.

Dazu gehört aber eine Masse Geld. Ich habe mir berechnet, daß wir jährlich mindestens 60—70 000 M aufbringen müssen, um diese Institution zu fundieren. Eine wöchentlich erscheinende Zeitung wird 30—40 000 M kosten, das Bureau auch 3000 M. Der Satz, den der Vorstand angenommen hat, wird nach diesem Exempel wahrscheinlich stimmen. Unsere Wanderreisenden müssen ebenso umherreisen, wie die der Gehilfen, sie müssen Instruktionen bringen und mitnehmen.

Eine weitere Aufgabe, die der neue Verband nach meiner Ansicht zu erfüllen haben wird, ist die Herausgabe einheitlicher Entlassungsscheine für die Gehilfen. Gerade so wie die Gehilfen ihre Werkstattdelagationen haben, die alles bis auf kleinste kontrollieren, gerade so gut müssen wir eine Kontrolle ausüben können über die Gehilfen, und wenn diese Kontrolle auch nur von den Meistern ausgeht, wird, die einem Arbeitgeberverbande angehören. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß wir einheitliche Entlassungsscheine oder, wie das Gesetz sie nennt, Zeugnisse einführen. Und zwar müßten diese Zeugnisse meiner Meinung nach vom Bunde herausgegeben werden, wenn auch erst nach und nach.

Sandner - Leipzig: Es war die höchste Zeit, daß wir zu einem Zusammenschlusse kamen. Der Einzelne ist machtlos in dem Kampfe gegen die Organisationen der Gehilfen. Müßten wir energisch zum Kampfe, damit wir dem, was wir vorhaben, den größten Nachdruck verleihen können.

Lacroix - Karlsruhe: Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß wir uns im Süden ohne Ausnahme mit Freuden dem großen Zusammenschlusse angefügt haben. Es gibt bei uns in unserem Gewerbe keine Maingrenze. Das mag vielleicht in politischer Beziehung möglich sein; in unserm Gewerbe aber würde ich es für verkehrt halten. Haben Sie denn in Berlin andere Interessen als wir in Karlsruhe oder Stuttgart? Wir haben doch alle dieselben Interessen, nämlich die Hebung unserer Lage und die Besserung unserer Lage. Was der Kollege Grobmann da eben von den 70 000 M gesprochen hat, hat mich einigermaßen unangenehm berührt. Ich möchte hervorheben, daß wir jetzt nicht mit einem Male 70 000 M nach Berlin werfen können. Es wurde nach reiflicher Beratung in der Konferenz festgestellt, daß das Geld nach und nach einfließen solle. Und wenn die Kollegen erst die Vorteile unseres Zusammenschlusses empfinden, wird es ein Leichtes sein, die nötigen Mittel zu bekommen. Diese Mittel, die die Konferenz verlangt zur Betreibung des Verbandes, sind eigentlich gering, ungefähr 16 000 M.

Und dann soll auch nicht von Berlin aus ein Wanderredner in das bayerische Hochgebirge und in den Schwarzwald ziehen, ebensowenig wie von uns, aus dem Süden, jemand nach Ostpreußen wandern soll. Dort würde er von den Leuten doch nicht verstanden werden, jedenfalls aber nicht den Eindruck machen, wie ein Medner aus der engeren Heimat. Deswegen muß unser Westreiter darauf gerichtet sein, daß die einzelnen Verbände, wie sie bestehen oder gebildet werden sollen, die Hauptarbeit machen. Sie müssen die Führung mit der großen Masse der Kollegen aufrecht erhalten. Natürlich geht diese Arbeit Hand in Hand mit der Centrale in Berlin. Sie ist für unsere Beschlüsse das ausführende Organ.

Reichardt - Danzig: Wir im Osten unseres Vaterlandes sind freudig dem Rufe aus München gefolgt, daß überall im Deutschen Reiche Arbeitgeberverbände gegründet werden müßten. Wir haben mit unendlichen Schwierigkeiten auch einen solchen Verband für Königsberg und Danzig ins Leben gerufen. Aber zwischen diesen beiden Städten liegt ein großes Stück Weges, liegen viele kleine Städte, in denen Kollegen von uns ansässig sind. Diese gilt es in unsere Organisation hineinanzuziehen. Aber da bayerisch an dem Punkte, der gestern Abend auch schon berührt worden ist, an der Geldfrage. Wir haben bisher über diesen Punkt nicht hinwegkommen können, mit welchem Enthusiasmus wir auch an die Sache herangegangen sind. Es geht ja selber in unserem Gewerbe so vieles daran zu-

grunde, daß unsere Kollegen sich sträuben, ihren Beiträgen an ihre Berufsorganisationen eine gewisse Höhe zu geben. Herr Hansen hat gestern ausgeführt, daß die Gehilfen einen größeren Prozentsatz für ihre Organisation opfereten. Das ist richtig. Ich möchte aber dem doch entgegenhalten, daß den Gehilfen auch Früchte ihrer Beitragsleistung erblühen und das ist anspornend. Es wird die Aufgabe unseres Zentralvorstandes sein, in erster Linie darauf Gewicht zu legen, daß für die Beiträge eine genügende Menge geleistet wird.

Die Anregung des Kollegen Grobmann wegen der Zeugnisse begrüße ich mit Freuden. Wir haben etwas ähnliches schon gemacht. Auch sind wir dabei, von Verbandswegen eine gemeinsame Preisliste für Malerarbeiten auszuarbeiten. Wenn auch vieles dabei im argen liegt, so müssen wir die Kollegen doch damit beschäftigen, damit sie sehen, daß der Verband auch noch etwas anderes tut, als Mitglieberbeiträge einzuziehen.

Epp - Stettin: Wir haben auch in Stettin infolge der Münchener Tagung einen Arbeitgeberverband gegründet, und als das gelungen war, versucht, in der Provinz Pommern andere Verbände ins Leben zu rufen und einen Provinzialverband zu gründen. Der Erfolg eines Rundschreibens war nicht sehr erfreulich. Von 15 Städten haben nur 5 geantwortet. Kolberg und Köslin haben einen Arbeitgeberverband gegründet und sich auch bereit erklärt, einem Provinzialverbande beizutreten. Drei andere Städte schreiben, daß sie die Sache in der nächsten Innungsversammlung zur Sprache bringen würden. Eine weitere Antwort haben wir von ihnen aber nicht erhalten. Für eine mündliche Propaganda sind die Entfernungen zu weit, auch fehlt es für derartige Agitationsreisen an der nötigen Zeit. Wir müssen daher tüchtige Wanderredner haben, die diese Arbeiten belegen.

Noch ein paar Worte über meine Erfahrungen. In diesem Jahre schreiben uns unsere Kolberger Kollegen, bei ihnen sei ein Streit ausgebrochen, wir möchten dafür sorgen, daß in Stettin keine aus Kolberg kommenden Gehilfen eingestellt würden. Wir eruchten daher in einem Inserat unsere Mitglieder, dem Wunsche der Kolberger Kollegen zu entsprechen und keine dorthier kommenden Gehilfen einzustellen. Dieser Satz wurde in der Zeitung auch ohne weiteres aufgenommen. Bald darauf kam aus Leipzig eine ähnliche Nachricht. Wir gaben wieder ein Inserat auf. Was geschah? Der Satz, man möchte keine Gehilfen aus Leipzig einstellen, wurde einfach nicht gebracht. Als nun später in Chemnitz ein Streit ausbrach, ging ich zur Redaktion und fragte, weshalb mein Inserat nicht so aufgenommen worden sei, wie ich es aufgegeben hätte. Darauf erhielt ich zur Antwort: „Das war Gerrußerklerung, das konnten wir nicht ohne weiteres aufnehmen.“

Rosenbaum - Dresden: Sie werden kaum wollen, meine Herren, daß Ihnen alles, was Sie selbst machen wollen, vom Generalvorstande subidiert wird. Es ist heute und gestern wieder gesagt worden, Offiziere hätten wir genug, es fehle an Moneten und Soldaten. Und da haben Sie erst eben wieder gehört, wie man hier mit dem Gelde umspringt, als wenn es so auf der Straße herumläge. Sie wollen eine Zeitung gründen für 40 000 M. Dazu gehören zahlende Kollegen. Sie können aber eher das große Bos in der Völkerschlacht-Lotterie gewinnen, ehe Sie solche Kollegen finden. Ich habe in dieser Beziehung Erfahrungen gemacht, die nicht als günstig zu bezeichnen sind. An die Spitze der Arbeitgeberverbände gehören vor allen Dingen Leute, die ihre ganze Kraft und Zeit der Sache zur Verfügung stellen, die nicht nur darin eine Ehre suchen, Verbandsvorsitzende zu spielen, sondern die durch ihre Tätigkeit vorbildlich wirken, damit die Verbände nach innen und außen allgemeine Anerkennung finden. Vorwärtsstrebende Kollegen können bei den heutigen Verhältnissen einen solchen Posten aber nicht ehrenamtlich versehen, wenn sie ihre geschäftlichen Interessen nicht schädigen wollen. Wir haben aber andererseits in unserem Verufe genug Kollegen, die trotz Intelligenz und Fleiß nicht vorwärts gekommen sind, sie könnten als Beamte unserer Verbände angestellt werden. Die Kollegen aber, die die Oberleitung haben, müssen ebenfalls entschädigt werden. Jede Verbandsleitung hat am Orte ihrer Tätigkeit eine Geschäftsstelle zu errichten, in welcher zu jeder Zeit Rat und Auskunft erteilt wird. Auch wird ein geheim zu haltendes Verzeichnis unsicherer Kunden anzulegen sein. Das sind alles praktische Fragen, die einer Prüfung wert sind.

Bauer - Bremen: Wenn aus unserem neuen Unternehmen etwas werden soll, so ist es vor allen Dingen notwendig, daß die Indifferenz der Kollegen schwindet und daß sich alle darauf besinnen, solidarisch zu sein. Herr Wenner sagte, daß die Innungsverbände in die Arbeitgeberverbände als Mitglieder aufgenommen werden könnten, soweit es das Gesetz zuließe. Wir haben bei uns einen Baugewerksmeisterverband, der über 1100 Mitglieder zählt; wir sind aber nicht in der Lage, dem Gesetze nach, als Korporation dem Arbeitgeberverbände beizutreten, sondern sind auf den Eintritt als Einzelmitglieder angewiesen. Wir sollten ferner nicht so fädelig sein. Wenn wir etwas schaffen wollen, was auch den Kollegen auf dem platten Lande nützen soll, indem ihnen die Gewißheit gegeben wird, daß sie ruhig arbeiten können, dann halte ich 40 M für 1000 M überhaupt für zu wenig. Sie haben von der Opferfreudigkeit unserer Leute gehört, und darum möchte ich bitten, in dieser Hinsicht nicht zu engherzig zu sein.

Nun haben wir aber noch eine Menge Kollegen, die keiner Organisation angehören. Die können uns, wenn ein Streit ausbricht, leicht in den Rücken fallen. Deshalb kommt es darauf an, diese Leute heranzuziehen oder sie kaltzustellen. Wir haben das in Bremen häufig gemacht, indem wir dafür gesorgt haben, daß den Leuten das Material entzogen wurde. Ich habe mich auch gefreut, daß die 90 Meister, die in Berlin nicht mitgemacht haben, gezogen worden sind. Ihre Unterchrift zurückzuziehen, und ich hoffe auch, daß wir konkurrenzfähig bleiben, solange der große Verband, den wir gestern gegründet haben, festhält. Sorgen wir nur dafür, daß wir möglichst alle Kollegen in diesen Verband hineinbekommen.

(Schluß folgt.)

Kündigung der Tarifverträge im 2. Bezirk durch die Unternehmer.

Gleich den Bauunternehmern und den Arbeiterbeuern der Holzindustrie haben nun auch die Maler- und Weißbindermeister von Hessen und Nassau die Kündigung der in diesem Frühjahr ablaufenden Verträge beschlossen. Durch ein Schreiben des Landesverbandsvorsitzenden Herrn Emmer in Frankfurt a. M. ist dem Bezirksleiter Kollegen Zimmermann mitgeteilt worden, daß sämtliche am 31. März 1908 endenden Tarifverträge im Landesverband Hessen und Nassau geündigt werden. Frankfurt a. M., Friedberg-Bezirk, Naumburg, Hanau und Offenbach. Die Kündigung der Verträge, so heißt es in dem Schreiben weiter: „Erlaubt lebhaft zur Fortführung eines für den Verband allgemein geltenden Tarifvertrages und nehmen wir an, daß ein solcher von Seiten der Arbeitnehmer nur auf geheißen werden kann insofern, als damit geordnete Zustände in allen Teilen des Landes sich ergeben werden. Nur Festlegung dieses Tarifs wird Ihnen von Seiten unserer Zentralkommission anfangs Januar noch Mitteilung gemacht. Tarifabschlüsse mit den einzelnen Ortsgruppen können nicht mehr stattfinden.“

Dieses Schreiben ist bereits am 27. Dezember v. J. eingegangen. Bevor wir es zur Kenntnis der Allgemeinheit bringen wollten, dachten wir, die angeforderte Mitteilung der Zentralkommission abzuwarten. Sie ist aber bis zur Abfassung dieses Berichts noch nicht eingetroffen. — Gegen den Grundgedanken des Schreibens, einen allgemein geltenden Tarifvertrag, der geordnete Zustände in allen Teilen des Landes schafft, herbeizuführen, haben wir nichts einzuwenden. Denn geordnete Zustände in „allen“ Teilen von Hessen und Nassau — wie auch in den übrigen Gegenden Deutschlands — tun bitter not. Wir freuen uns daher dieser Einsicht der Unternehmer. Selbstredend denken wir uns aber die Regelung der geordneten Zustände so, daß die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung in den letzten Jahren durch die enorme Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel bei der „Festlegung und Regelung“ beachtet wird. Oder sollte die Regelung anders gedacht sein? Wir wollen dies nicht hoffen! Die Unternehmer sollen daher nicht vergessen, daß zur Festlegung und Vereinbarung von Verträgen immer zwei Parteien gehören und daß Verträge mit „einseitigem Charakter“ nie befriedigend für beide „Kontrahenten“ sein können.

Die Lohnbewegungen in einzelnen Orten hatten aber bereits schon vor der angekündigten allgemeinen Tarifkündigung eingelebt und zwar war die Kündigung der Verträge in Offenbach und Darmstadt bereits in den Versammlungen unserer Kollegen beschlossen. Auf das Kündigungsschreiben in Darmstadt erfolgte bereits am 30. November v. J. von den Unternehmern die Antwort, daß sie um abschließende Forderung der Änderungsanträge ersuchen, damit die gewünschte mündliche Verhandlung erfolgen könne. Bereits am 13. Dezember wurden die Forderungen der Unternehmerorganisation zugeandt, die Antwort hierauf ließ jedoch bis zum 13. Januar auf sich warten. Das Schreiben enthielt aber keine Einladung für die gemeinsamen Verhandlungen, vielmehr nur eine Mitteilung, daß sie dem „Arbeitgeberverband“ angehöre, der in Zukunft nur Tarife nach einheitlichen Grundsätzen abschließen; sobald hierfür die erforderlichen Grundlagen vorhanden seien, erfolge Nachricht. Diese ist nun mittlerweile eingetroffen, jedoch wie steht die Grundlage aus: „Die Unternehmer wollen den letzten Vertrag um 1 Jahr verlängern.“ Wie gnädig! Damit hat aber die allgemeine und einheitliche Regelung bereits einen gewaltigen Stoß erlitten, denn um den Tarif auf ein Jahr zu verlängern, bedurfte es nicht der Kündigung des Vertrages. Wir wollen nun abwarten, wie sich die gerade in der letzten Zeit so viel bejüngerte Friedensliebe für die Tarifverträge bei dem Süddeutschen Verband weiter praktisch entwickelt. Für unsere Kollegen aber ist der Weg, wie die Unternehmer zur Tarifgemeinschaft gelangen wollen, schon etwas in greifbarer Form ersichtlich und wir haben allen Grund, die Augen offen zu halten, damit, wie es die Situation bedingt, jederzeit die Schlagfertigkeit garantiert ist und jeder Kollege klar das Ziel erkennen kann!

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

III.

„Um dem gewaltigen Abschwanken der katholischen Arbeiter zur sozialdemokratischen Partei erfolgreich Halt zu bieten, müssen die katholischen Vereine die Agitation auf gewerkschaftlichem Gebiete energischer betreiben.“ (Beschluss des Delegierten-tages der katholischen Arbeitervereine der Diözese Paderborn vom 21. Okt.)

Die enge Verbindung der gewerkschaftlichen Bestrebungen mit den konfessionellen hatte hauptsächlich in dem Bestreben ihren Grund, die Arbeiter vor wirtschaftlichen, namentlich sozialistischen Irrtümern zu bewahren. Als nun das Verlangen der christlichen Arbeiter nach gewerkschaftlicher Organisation ein lebhafteres und allgemeineres wurde, konnten die im engen Rahmen einer beschränkten Mitgliederzahl sich bewegenden Fachabteilungen (der katholischen Arbeitervereine) ihnen nicht mehr genügen. Man erörterte zunächst den Gedanken, ob nicht ein Anschluß der katholischen Arbeiter an die bereits bestehenden Gewerkschaften, auch die der Sozialdemokratie, angehe. In der Tat wäre dies rein theoretisch gesprochen, möglich gewesen. (1) Selbst die logen, sozialistischen Gewerkschaften ließen statutarisch ihren Mitgliedern hinsichtlich ihrer religiösen und parteipolitischen Anschauungen volle Freiheit. Freilich gehört die Mehrzahl der Mitglieder der Sozialdemokratie an. Es stand aber den katholischen Arbeitern nicht im Wege, daß sie auch mit Kameraden entgegengelegter religiöser Anschauungen zur Durchführung von solchen Forderungen beruflich einigten, die mit den christlichen Grundsätzen in keinerlei Widerspruch standen. (2) Zu diesen Forderungen gehören jedoch unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen unfreiwillig jene, die man als Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation bezeichnet — die Fragen der

Lohn- und Arbeitsbedingungen, die des Arbeitsvertrages!

Das sind — wie leicht ersichtlich — nicht etwa die Ausführungen eines freien Gewerkschaftlers, der gute Christen für seine Organisation kapern möchte, sondern wir lesen die Worte in einem Buch über „Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“, das Anfang 1905 von dem bekannten Generalsekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, Dr. D. Müller, herausgegeben wurde. Klipp und klar wird also von diesem gewiß unverdächtigen Zeugen anerkannt, daß die freien Gewerkschaften sich auf religiösem und politischem Gebiet möglicher Neutralität befleißigen und so alle Motive, die die W.-Glabbacher Milieuherie für die Erstzungenbewegung der Verplünderungsgewerkschaften ins Treffen führt, unzutreffend sind. Die christlichen Gewerkschaften mußten entstehen und sich bilden, um als Schutztruppe der politischen Reaktion zu dienen, das gesteht mit dankenswerter Offenheit auch Herr Dr. Müller ein. Während er auf Seite 23 seines Werks die Neutralität der freien Gewerkschaften anerkennt, macht er auf den Seiten 9 und 10 der christlichen Agitationsphrase von der politischen Neutralität ihrer Gewerkschaftsgebilde den Garaus! „Die allgemeine Bewegung, die die Arbeiter ergriffen hatte“, so heißt es dort, „zog die Aufmerksamkeit der Vertreter der katholischen Kirche (lies: Zentrum) auf sich und diese legten den Hauptwert der Tätigkeit in die Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen.“

Zur Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen sind die christlichen Gewerkschaften nicht nur gegründet, diese Zwecke dienen sie noch heute! Schier endlos sind die Zeugnisse, mit denen wir diese Behauptung belegen können. Man soll uns nicht den Vorwurf machen können, daß wir die vielleicht mißverständlichen Äußerungen eines Mannes zu unseren Zwecken ausschachten und wir wollen daher aus der Fülle des uns vorliegenden Materials noch einige Beispiele herausgreifen:

Herr Dr. Pieper, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, rief auf dem sozialen Kursus in Ravensburg im Mai 1906 — nachdem er zuvor erklärt hatte, „Wer den freien Gewerkschaften angehört, ist für uns (das Zentrum) verloren, und wen wir in den nächsten zehn Jahren nicht für uns gewonnen haben, ist überhaupt verloren“, — die Geistlichkeit auf den Plan, um zu retten, was noch zu retten ist.

„Droht aber“, so ruft Pieper, „die Gefahr, daß die an einem Orte eifrig agitierenden Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter ihren Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Geistliche als Seelsorger verpflichtet, auch durch eigenes Eingreifen die katholischen Arbeiter durch Zusammenschluß in einer christlichen Gewerkschaft vor der sozialdemokratischen Gefahr zu schützen.“

Damit degradiert Dr. Pieper sogar die Geistlichen zu kapitalistischen Säulen und die christlichen Gewerkschaften spielen die Rolle der Wäner, die vom vor dem Einfall der Barbaren retten soll. Nur politische, nur parteiinteressen sind für Dr. Piepers Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften ausschlaggebend, denn er selbst stellt bei derselben Gelegenheit seinen Gegnern das ehrende Zeugnis aus: „Es wäre geradezu ein moralisches Wunder, wenn bei der vielseitigen, regen Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften diese sich nicht Ansehen und Achtung bei den Arbeitern verschaffen.“

Partei-politische Interessen waren es auch, die den bekannten Justizrat Dr. Bachem auf der Generalversammlung des Augustinervereins zur Frage der katholischen Presse im Sommer 1899 lagen ließen: „Für die Zentrums-partei ist meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Sozialdemokratie gleichzutun. Die Bewegung ist unaufhaltsam, sie wird sich vollziehen mit uns oder ohne uns und gegen uns... Wir wollen und müssen dabei sein.“ Bachem charakterisiert dann das parteipolitische Interesse an den christlichen Gewerkschaften näher, indem er ausführt: „Wenn nicht ein Mehreres geschieht, dann wird die politische Stellung der Zentrums-partei dadurch namentlich in den Städten sehr erschwert werden.“

Herr schätze uns vor unseren Freunden, mögen die Gewerkschaften rufen, wenn sie so sehen und hören müssen, wie ihre Agitationschlagere von ihren eigenen Freunden und Gönnern widerlegt und Lügen gestraft werden. Zumal, wenn diese Freunde in ihrem Eifer so weit gehen, daß sie die christlichen Gewerkschaften nicht nur als Schutztruppe der politischen, sondern auch als die der wirtschaftlichen Reaktion anpreisen! Wenn am 25. Februar 1899 in preussischen Abgeordnetenhaus der Zentrumsabg. Fuchs sagte: „Wir müssen den Arbeitern eine ordnungsgemäße Vertretung geben, sonst treiben wir sie in die sozialdemokratischen Organisationen“, so mag man dies noch zur ersten Kategorie rechnen, obwohl das Müller des preussischen Abgeordnetenhauses diesen Worten ein eigenes Gepräge verleiht, aber bei der gleichen Gelegenheit war es das christlich-zentrumliche Abgeordnete für Sozialpolitik, der Abg. Hise, der sich noch deutlicher aussprach: „Der Gewerksverein der christlichen Bergleute ist eine Arbeiterorganisation gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen die Unternehmer. Seine Intentionen stehen in Verbindung mit denen der Arbeitgeber.“

Und mit diesen Auslassungen vergleiche man nun die Stellungnahme der Zentrumsdemokratie zu den in neuerer Zeit mit vermehrter Energie einsetzenden Organisationsbestrebungen der Landarbeiter und Dienstboten. Sie bedenken sich vollkaut. Auch hier ist des Zentrums Jurist vor der Sozialdemokratie das treibende Motiv für die christlichen Gründungen! Das hat Abg. Trimborn in Köln während einer Versammlung zur Gründung einer Dienstbotenorganisation ausgesprochen und Abg. Dr. Heim bohrte ihm auf der 4. geschlossenen Versammlung des Würzburger Katholikentages nach. Über Dr. Heims Wähler sind zumeist Bauern und die Dauernschädel konnten nicht so leicht einleichen, weshalb ihnen eine christliche Organisation der Landarbeiter und Dienstboten selbst von Nutzen sei. Und so erklärte denn im „Neuen Münchener Tagblatt“ Herr Dr. Heim als Antwort auf die gegen ihn gerichteten Angriffe, daß er demnächst eine Schrift veröffentlichen und nachweisen werde, daß es der größte Fehler wäre, der je gemacht worden ist, ein Fehler, an dem der Bauernstand in Zukunft zugrunde gehen würde, wenn die Dienstboten nicht organisiert werden. Dann fährt er würdevoll fort: „Wenn die Organisation nicht

gemacht wird, so kommt der Tag, wo der Bauer die Hände über den Kopf zusammenschlägt über diese Unterlassungs-sünde. Ich werde nachweisen, daß einzig und allein durch eine richtige Organisation der Dienstboten auf christlicher Grundlage es möglich ist, die vielen Klagen über die Dienstboten aus der Welt zu schaffen.“

Also eine Organisation von Arbeitern zur Interessenvertretung der Unternehmer. Darauf laufen die meisten christlichen Gründungen hinaus und christliche Gewerkschaftsführer sind mit diesen reaktionären Plänen der Zentrums-politiker vollkaut einverstanden, erklären doch auch sie sich gegen das Streikrecht der Landarbeiter! Kein Wunder, daß die Zentrums-presse sich anmaßt, den christlichen Gewerkschaften ersichtlich den Text zu lesen, falls sie nach ihrer Meinung einmal über die Schnur hauen. So rüffelt die „S. Johann-Saarbrücker Volks-Ztg.“ den „gefährlichen Stabilitätssinn“ und die „maßlose Sprache“ der Gewerkschaftsschriften und verlangt, daß dagegen Front gemacht werde. „Wir richten endlich unsere Bitte an den Vorstand unserer Zentrums-partei und an alle, denen das Wohl des Zentrums... am Herzen liegt.“

So stünden die christlichen Gewerkschaften gar unter dem Kuratel der Zentrums-partei! Bisher haben die Gewerkschaftsschriften diese gefährlichen Freuden nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit abgegründet. Sie haben geschwiegen, und: wer schweigt, stimmt zu!

Lohnbewegung.

Wiesbaden. Am 19. Januar nahm eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu der Kündigung der Tarifverträge im zweiten Bezirk leitens der Unternehmer. Kollege Zimmermann aus Frankfurt gab in seinem ausführlichen Referat ein klares Bild von der jetzigen Situation und beleuchtete insbesondere die Friedensliebe der Unternehmer. Der Gedanke, die Tarifverträge auf einen bestimmten Zeitpunkt abzulaufen zu lassen, sei doch nur dem Wunsche entsprungen, die Arbeiterorganisation auf eine Machtprobe zu stellen. Der von dem Verband der baugewerblichen Unternehmer den Bauarbeitern zugeordnete Tarif zeige ja, was man dem Arbeiter zumute. Er bringe nicht nur keine Verbesserungen, sondern direkt Verschlechterungen; keine Lohnerhöhungen, keine Arbeitszeitverkürzung, Verbot der Mafseier usw. Auf dem Malertag in München 1905 seien die Unternehmer noch nicht für einen Tarif zu haben gewesen, und wenn sie mit der Zeit zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Wort vom „Herrn im Hause“ nur eine hohle Phrase ist, so veruchen sie doch, die wirtschaftlichen Verhältnisse für sich auszunutzen und die Arbeiter so viel als möglich an die Wand zu drücken. Das Schreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe für Mittelranken, worin die Unternehmer aufgefordert werden, ihre gesamten Maler- und Tüncherarbeiten möglichst bis zum 31. März 1908 fertigstellen zu lassen, deutet darauf hin, daß wir uns auf einen ersten Kampf gefaßt machen müssen. Nur durch den Zusammenschluß aller können wir die Unternehmer zwingen, ihre Tariffreundschaft in die Tat umzusetzen. Besonders in Wiesbaden, wo wir schon seit Jahren um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Abschließung eines Tarifvertrages kämpfen, wollen wir den Unternehmern erneut Gelegenheit geben, die Beschlässe des Malertages, „der zweite deutsche Malertag steht auf dem Boden der Tarifverträge“, in der Praxis zu betätigen und die Forderungen vom Jahre 1907 wieder erneut einreichen. In der Diskussion machte sich eine rege Kampfesstimmung geltend und die Kollegen sprachen sich einstimmig für die Einreichung von Forderungen aus. Der vorgelegte Vertragsentwurf wurde nach längerer Debatte einstimmig angenommen und die Einreichung an die Ortsgruppe Wiesbaden des Süddeutschen Maler- und Tünchermessterverbandes beschlossen.

Ladierer.

Greifswald. Nach der Wagenfabrik von Georg Alexander ist wegen Lohnbifferenzen Ausgangszuhalten.

Aus unserem Berufe.

* Wie die Bundesratsvorschriften betr. Verwendung von Kleiarben beobachtet werden? Bei der Gesellschaft für Markt- und Kuhlhandeln in Berlin wurde bisher anstandslos den Kollegen Handtuch und Seife geliefert. Nunmehr fiel es dem Betriebsinspektor ein, keine Seife mehr verabreichen zu lassen. Als ein Kollege bei dem Herrn vorstellig wurde und ihn darauf aufmerksam machte, daß die Lieferung von Handtuch und Seife gesetzliche Vorschrift ist, blieb er dabei, daß er hierzu nicht verpflichtet wäre, und das Ende vom Liede war, der Kollege wurde entlassen. Derartige Fälle häufen sich immer mehr; besonders jetzt in der gegenwärtigen Zeit müssen Kollegen, die dafür eintreten, daß die Bundesratsbestimmungen auch von den Unternehmern innegehalten werden, mit der Hungerpeitsche dafür blühen. Auf's deutlichste erstieft man aus diesen Vorgängen, worauf wir stets und ständig hingewiesen haben, daß alle derartigen Erlasse und Verordnungen Solidarität sind und vollständig ihren eigentlichen Zweck verheren, solange nicht eine gesetzliche strenge Kontrolle vorhergehen ist.

Wir möchten aber unsere Mitglieder von neuem er-suchen, alle Verstöße gegen das sog. Klei-welgesetz nur bei den Filialverwaltungen oder Vertrauensleuten anzumelden, die dann das weitere veranlassen werden.

* Große Worte. Nach verschiedenen Meldungen sollen die sechs Gauen des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, nach den neuesten Feststellungen eine Gesamtzahl von Unternehmern hinter sich haben, die an Arbeitslöhnen 60 Millionen M pro Jahr zahlen, während der Arbeitnehmer-Zentralverband für seine Mitglieder nur 40 Millionen M aufweisen kann. Ein großer Teil der Arbeitnehmer müsse also anderen Organisationen angehören oder unorganisiert sein. Daher stehen die Unternehmer auf dem Standpunkt, bei Schaffung zukünftiger Einheitslöhne nicht wie bisher, den Zentralverband allein, sondern auch die großen Massen (!!) der anders organisierten — Strich-Dunderliche, Christliche — als gleichberechtigt gelten zu lassen.

Die „Feststellungen“ der Arbeitslöhne sind weiter nichts wie Warnungen, denen jede Beweislast fehlt. Die

Schlussfolgerung also, die einige Herren hieraus zu ziehen glauben, entbehren jeder Logik. Beim Abschluss der pro-

Mit dem „recht gewichtigen Wort“ gerade der S.-D. Maler dürfte es nicht weit her sein. Die große Masse unserer deutschen Kollegen hat gar keine Meinung von dieser Organisation.

* Er ist nicht mehr, der „Kollege“ Wüttner aus Stettin, lehrjähriger Anführer unserer gelb schillernden Magdeburger Kirch-Dunderschen Kollegen, Ortsverbands-

Wie mußte man da erstarren, als in Nr. 1 d. S. in keinem eigenen Blättchen, direkt hinter der Neujahrs-

Den verehrlichen Ortsvereinen zur Kenntnis, daß der Ortsverbandssekretär Wüttner am 28. Dezember seines Amtes entbunden wurde...

Da der so plötzlich Hinweggeworfene noch so freundlich war, die Nummer der Zeitung, in der diese Verfügung stand, zu zeichnen, mußte es mit dem Hausdurchschuß seine Richtigkeit haben.

Schließlich wurde in einer Versammlung der Ortsverbandsvertreter der „Kirche“ Magdeburgs gegen zwei Stimmen beschlossen, mit dem Vorgehen der Arbeiter-

* Christliche Weihnachtstagen. In der Weihnachtsnummer des „Deutschen Maler“ wurde von dem christlichen Gewerkschaftssekretär Junke in München, der wegen seiner Habuistik eine recht traurige Berühmtheit erlangte,

* Submissionsblüte. Ueber das Submissionswesen resp. Anwesen ist an dieser Stelle schon des öfteren gesprochen worden. Auch hier können wir unsere Kollegen mit einer Submissionsblüte bekannt machen, die zwar etwas Alltägliches ist, die aber zeigt, daß noch viel Wasser ins Meer fließen wird, ehe auf diesem Gebiete Remedur geschaffen ist.

mann 1109.70 M., Böbler 1149.49 M., Garnisch 1175.92 M., D. Kallenlee 1229.74 M., Joh. Bombora 1376.74 M., Gebr. Dichtmann 1412.67 M., Knabe 1460.45 M., Mäder 1712.64 M.

München. Die objektive Schilberung im V.-A., wie durch die hiesige Schlichtungskommission tarifbrüchige Meister geschickt werden, scheint der Südd. Malerzeitg. stark auf die Herzen gegangen zu sein, weil man durch aller-

* Arbeitslosenstatistik der Filiale Cassel für den Monat September 1907.

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Für den Monat Oktober:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Für den Monat November:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Für den Monat Dezember:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

* Arbeitslosenstatistik der Filiale Göttingen für den Monat Oktober 1907:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Für den Monat November 1907:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Für den Monat Dezember 1907:

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

* Arbeitslosenstatistik der Filiale Frankfurt a. M. für den Monat November 1907.

Table with 10 columns: Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Arbeitsmangel, Strafbett, insgesamt, Befragten, Arbeitslosen, Kranke, Lohnverlust wegen, Durchschmittlicher Lohnverlust pro Tag, Gesamt-Lohnverlust.

Jahresbericht der Filiale Bremen.

Während im Jahre 1906 und 1907 von unserer Filiale ein gedruckter Jahresbericht in Broschürenform herausgegeben worden war, ist in diesem Jahre von der Druck-

sichts der verschärften Situation, in der wir uns befinden, sein müßten. Es muß daher unsere Aufgabe sein, in dieser Beziehung eine Besserung herbeizuführen. Die Unter-

Unsere Einnahmen und Ausgaben für 1907 stellen sich folgendermaßen:

Table with 3 columns: Einnahmen, Ausgaben, Bestand von 1906. Rows for 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal, Summa.

Kassenbestand am 9. Januar 1908 4921.87 M.

Von den Einnahmen wurde an die Hauptkasse gesandt resp. für Kranken- und Sterbeunterstützung usw. verausgabt 16 196.29 M.

Er gibt pro Quartal 970 vollzahlende Mitglieder. Im Vor-

darüber hinaus wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Benutzung unseres Arbeits-

An Agitation für unsern Verband hat es auch in diesem Jahre nicht gefehlt, zu bebauern ist nur, daß diese nur

Im Vorjahre, 1906, betrug der Durchschnitt 882 Mitglieder. Die folgenden Zahlen veranschaulichen uns die stetig steigende

darüber hinaus wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Benutzung unseres Arbeits-

An Agitation für unsern Verband hat es auch in diesem Jahre nicht gefehlt, zu bebauern ist nur, daß diese nur

Im Vorjahre, 1906, betrug der Durchschnitt 882 Mitglieder. Die folgenden Zahlen veranschaulichen uns die stetig steigende

darüber hinaus wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Benutzung unseres Arbeits-

An Agitation für unsern Verband hat es auch in diesem Jahre nicht gefehlt, zu bebauern ist nur, daß diese nur

Im Vorjahre, 1906, betrug der Durchschnitt 882 Mitglieder. Die folgenden Zahlen veranschaulichen uns die stetig steigende

darüber hinaus wollen wir es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Benutzung unseres Arbeits-

An Agitation für unsern Verband hat es auch in diesem Jahre nicht gefehlt, zu bebauern ist nur, daß diese nur

Im Vorjahre, 1906, betrug der Durchschnitt 882 Mitglieder. Die folgenden Zahlen veranschaulichen uns die stetig steigende

Gehilfenorganisation zurückzuführen. Und darum muß es auch in diesem Jahre heißen: Agitieren und organisieren! Uns zum Schutze, dem Gegner zum Trutz! W. Schr.

Jahresbericht der Filiale Freiburg i. Br.

Im Gegensatz zu dem Jahre 1906 vertief das Jahr 1907 für die Filiale Freiburg im allgemeinen ruhig. Es hat aber trotzdem an bewegten Zeiten nicht gefehlt und wir sind wieder um eine Erfahrung reicher geworden. Wir haben hier immer noch einige Meister, die den abgeschlossenen Tarif nicht einhalten, insbesondere können einige sich durchaus nicht daran gewöhnen, den Lohn allwöchentlich auszusahlen, während andere den Passus im Tarif „Allfordarkeit findet nicht statt“ nicht recht zu verstehen scheinen. Die Tarifforschungskommission hat sich als machtlos erwiesen und so haben wir denn von neuem die alte Wahrheit bestätigt gefunden, daß ein Tarif nur dann wertvoll ist, wenn eine starke und festgefügte Organisation die Einhaltung des Tarifs überwacht und allen eventuellen Versuchen, den Tarif zu durchbrechen, mit dem nötigen Nachdruck entgegentritt. Bedauerlicher Weise haben es eine große Anzahl Kollegen auch heute noch nicht für notwendig gefunden, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen und gerade diese Leute sind es, denen die Schuld zuzuschreiben ist, daß es die Unternehmer überhaupt noch wagen, die Tarifbestimmungen zu brechen. Wenn diese Kollegen glauben, daß sie ihrer Pflicht genügt haben, wenn sie während einer Lohnbewegung in die Organisation eintreten, um gleich nach Abschluß eines Tarifs wieder daraus zu verschwinden, so täuschen sie sich gewaltig und zweifellos wird sie die Zukunft — vielleicht schon die nächste Zeit — eines besseren belehren. Den Herren Meistern ist denn auch der Kampf ziemlich stark geschwollen und wenn das der Wahrheit entspricht, was uns über einige Absichten der Unternehmer mitgeteilt wurde, dann kann mancher Kollege, der, nach seiner Ansicht, einen guten Meister hat, noch sein blaues Wunder erleben. So soll sich der Herr Obermeister bereits entschlossen haben, alle seine Leute zu entlassen und nur noch Zugereifte also fremde Kollegen einzustellen; auf die ansässigen Kollegen will er Verzicht leisten. Ein anderes hervorragendes Mitglied der Innung soll sich ungefähr in gleichem Sinne äußert haben; nun, wir werden ja sehen, was diese Herren zu leisten imstande sind, wenn sie nur nicht zu viel Saure in der Suppe finden. Besonders beliebt haben sich anscheinend die christlichen Auerkreiber bei den Unternehmern gemacht, wenigstens wurde im Laufe des Jahres der Versuch unternommen, die Christen in fürsorgliche Obhut zu nehmen. Am 5. März wurde der Gesellenauschuß neu gewählt und zwar wurde diesmal entgegen der früheren Gepflogenheit als Wahllokal die Zentrale der Christlichen bestimmt und zwar auf besonderen Wunsch der Herren Christen, weil nach ihrer Ansicht und höchst wahrscheinlich ja auch nach Ansicht der Herren Meister das Resultat für sie günstiger ausfallen mußte, als wenn die Wahl im roten Lager vollzogen wurde. Nur ist den Herren dabei, wie die Erfahrung gezeigt hat, ein schwerer Meehsenfehler unterlaufen. Muß schon die Auswahl des Lokals gerade für unsere Gegner eine recht unglückliche genannt werden, so war das Wahlergebnis keineswegs geeignet, die Stimmung in diesen Kreisen zu heben. Während auf unsere Liste 88 Stimmen entfielen, wurden auf gegnerischer Seite 33 Stimmen abgegeben. Dem Innungsamt mag es unter diesen Umständen in der Zentrale der Christen nicht so besonders behaglich vorgekommen sein.

Ein reges Leben entfaltete sich in der Zahlstelle Müllheim. Die noch junge Zahlstelle hatte sich kräftig entwickelt; es hatten sich sämtliche Kollegen bis auf einen der Organisation angeschlossen. An die Unternehmer wurden unsere Forderungen eingereicht und wir können mit Stolz auf diese Bewegung zurückblicken, durch die den Kollegen ein Mindestlohn von 45 J die Stunde für Müllheim und von 50 J für Badenweiler und die allgemeine Einführung der 10stündigen Arbeitszeit tariflich gesichert wurde. Der Tarif enthält außerdem die Bestimmung, daß der Mindestlohn nach Ablauf von zwei Jahren um 5 J pro Stunde sich erhöht. Unsere Müllheimer Kollegen haben auch diesen Tarif streng eingehalten. Als erster Störenfried tauchten die Gebrüder Maier aus Offenburg auf, welche die Katernneubauten im Submissionswege übernommen hatten und die das nur selbstverständlich ist, zu dem niedrigsten Angebot. Ueber diese Firma wurde die Sperre verhängt, weil sie den Müllheimer Tarif nicht anerkennen wollte und war dann gezwungen, ihre Arbeiten mit Tagelohnern fertig zu stellen. Obschon es nicht gelungen ist, die Ausführung dieser Arbeiten durch die Gebr. Maier zu verhindern, so zweifeln wir doch nicht daran, daß dieser Firma eine heilsame Lehre erteilt wurde.

Auch in La hr traten unsere Kollegen in eine Lohnbewegung ein, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. In Walds h u t wurde eine Zahlstelle gegründet, die später der Filiale Lörach zugeteilt wurde. Auch in Re d s h o f e n haben einige unserer Mitglieder eine Zahlstelle ins Leben gerufen; ferner wurde gegen Ende des Jahres in A e u s t a d t wieder eine Zahlstelle errichtet und auch in W a l d f i r d haben sich einige zusammengefunden. Sodann darf auch S t. W a l d e n als neues Glied in dieser Kette nicht vergessen werden.

Die Zahl der Mitglieder ist trotz des schlechten Geschäftsganges stabil geblieben, es haben im vierten Quartal 170 Kollegen ihre Beiträge voll entrichtet und heute zählt die Filiale 152 Mitglieder.

Auf der Generalversammlung in Leipzig war unsere Filiale durch den Kollegen Schmidt vertreten und wurde im Anschluß an den Bericht am 25. Mai 1907 beschlossen, die Beiträge in den Sommerwochen auf 55 J und in den Winterwochen auf 25 J festzusetzen.

Die Vorgänge in Unternehmerkreisen machten eine gemeinsame Besprechung der Filialverwaltungen des 6. Bezirks am 29. November in Offenburg notwendig und kam diese Konferenz nach eingehender Beratung zu der Ueberszeugung, daß die jetzige Beitragsleistung den Anforderungen, die an unsere Organisation gestellt werden, nicht entspricht, insbesondere unter Berücksichtigung der in Unternehmerkreisen ausgebreiteten Aussperrungspläne und empfahl allen Filialen, die Beitragsleistung einheitlich auf 60 J im Sommer und auf 30 J im Winter zu fixieren. Unsere Filiale hat die Zeichen der Zeit richtig verstanden und die Beiträge in dieser vorgelegten Weise mit Gültigkeit vom 1. April 1908 ab festgelegt. Bemerkenswert und besonders erfreulich ist, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt wurde.

Es wurden im verfloffenen Jahre 3 öffentliche, 20 Mitglieder- und 2 Werstellensammlungen abgehalten; der Besuch der Versammlungen ließ sich sehr zu wünschen übrig. Mit Ausnahme des Kassierers sind die am 17. Januar 1906 gewählten Vorstandsmitglieder noch im Amte. Die Klassenverhältnisse haben sich bedeutend gebessert, während das Jahr 1906 mit einer Schuld bei der Hauptkasse von 133,40 M abschloß, schließt das Jahr 1907 mit einem Guthaben bei der Hauptkasse von 315,06 M ab. Wir wollen wünschen, daß wir uns in der angelegenen Weise fortentwickeln werden und daß frühere unliebliche Ereignisse für immer verschwunden sind.

Am Schriftstücken gingen ein 347, ausgegangen sind ebenfalls 347 Stück.

Am 31. Dezember wurde in geheimer Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, den Tarif auf 1. April 1908 zu kündigen. Bezeichnend aber nicht überraschend ist das Verhalten der christlichen Brüder in dieser Angelegenheit. Sie verweigerten sowohl unserer Organisation als auch dem Gesellenauschuß gegenüber jede Auskunft über ihre Stellung in der Kündigungsfrage und haben dadurch ein wirksames Zusammenarbeiten im Interesse der gesamten Kollegenchaft unmöglich gemacht. Wir finden auch hier wieder bestätigt, was wir schon so oft betonten, daß wir stets auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, wenn wir unserem Ziele, Schaffung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, näher kommen wollen. Gerade dieser Anlaß muß uns neuerdings anspornen, mit frischem Mut und neuer Freude an die Agitationsarbeit für unsere Organisation heranzutreten und wenn nun heute sich jeder Kollege gelobt, mit seiner ganzen Kraft für die Organisation und für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein und auch in bezug auf den Besuch der Versammlungen gewissenhafter und fleißiger wird, dann braucht es uns um die Zukunft nicht zu bangen.

Jahresbericht der Filiale Neua.

Im verfloffenen Jahre mußte unser Augenmerk vorwiegend auf die Agitation gerichtet sein. Angesichts dessen, daß im Frühjahr unser Tarif abläuft, galt es, alle noch indifferenten Kollegen in die Organisation zu bekommen. Trotz wiederholter Anstrengungen ist es uns nicht gelungen, das gewünschte zu erreichen. Namentlich ist es die Werkstelle K l i c h, die einen Stamm Unorganisierter birgt. Es soll keineswegs dem als loyal bekannten Meister der Vorwurf gemacht werden, als über er einen besonderen Druck in dieser Richtung auf die Gehilfen aus. Nein, der Grund liegt darin, daß der größte Teil der dort beschäftigten „Kollegen“ trotz ihres Alters, recht kindlich naive, brave Leute sind, die für ihre guten Eigenschaften auch niemals vom Weihnachtsmann vergessen werden. Je länger die Beschäftigungsdauer, desto größer das Geschenk. „Es hat ja deshalb keinen Zweck, sich zu organisieren, noch dazu, wenn unser Meister bei jeder Lohnbewegung von selbst zulegt.“ Wenn man solches Geschwätz von einem Manne hört, der schon vor länger als einem Jahrzehnt den Schreiber dieses zur Organisation veranlagte und der sonst an öffentlichen Leben regen Anteil nimmt, so möchte man gleich dem Nagener ausrufen: „Herr, vergiß ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ Hoffentlich lernen auch diese „Kollegen“ noch erkennen, daß nur die Organisation die treibende Kraft ist, durch die erst der Lohn aufgebessert wird.

Von etwas über 100 Berufskollegen sind gegen 80 organisiert. Davon haben 68 ihre vollen Beiträge bezahlt, gegen 62 im Vorjahre. Außer den Vorstandssitzungen wurden 20 Versammlungen, darunter 2 öffentliche, abgehalten. In den beiden letzteren referierte Bezirksleiter Mehrhorn über „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ und den „Malererbandstag in Hannover“. In allen Versammlungen hätte der Besuch ein besserer sein müssen.

Der Kassenabchluß ist folgender: Einnahme inkl. Kassenbestand: 1620,13 M., Ausgaben insgesamt: 1355,77 M., mithin verbleibt ein Kassenbestand von 264,36 M.; davon werden wir sobald als möglich den der Hauptkasse noch schuldenden Betrag bezahlen. In der am 14. Januar d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurde der bisherige Filialvorstand wiedergewählt und zwar — das sei ausdrücklich konstatiert, einstimmig. An Stelle des eine Wiederwahl ablehnenden Bezirkskassierers Kollegen Bezold wurde Kollege Tyrolff als solcher gewählt. Dem Ausscheidenden sei auch an dieser Stelle für seine mehrjährige rührige Tätigkeit Anerkennung gezollt.

Die oben erwähnte Generalversammlung hatte sich u. a. mit einer sehr wichtigen Angelegenheit — Einreichung eines neuen Tarifs — zu befassen. Durch einen Antrag der Innung, der bis zum 30. April 1908 laufenden Tarif schon am 31. Dezember 1907 beenden zu lassen, wurde die Tariffrage schon etwas frühzeitig in Fluß gebracht. Der Antrag wurde abgelehnt und stellten wir mit unserem Bezirksleiter, nachdem die nötigen Unterlagen beschafft waren, einen neuen Tarif auf. Pflicht eines jeden Kollegen muß es nun sein, dazu beizutragen, daß die noch absetzenden Kollegen zur Organisation herangezogen werden. Auch muß der Versammlungsbesuch angesichts der eingeleiteten Bewegung ein besserer werden. Nur wenn alle Anteil nehmen an den Geschicken der Filiale, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Jahresbericht der Filiale München. Kassierer.

Das verfloffene Jahr 1907 machte der Filial- sowie der Sektionsleitung mehr Arbeit, wie eines der vorhergehenden Jahre. Standen wir doch schon im Februar in der Bewegung, die erst Mitte Juni ihren Abschluß fand. Keine Woche verging, in der nicht ein paar Sitzungen, Werkstatt- oder Fabrikversammlungen stattfanden. Das war um so mehr nötig, da wir es mit einem organisierten Unternehmertum zu tun hatten, dessen Spitze der bekannte Syndikus des Arbeitgeberverbandes Dr. Kublo steht.

Gleich zu Anfang des Jahres traten sämtliche in der Automobilfabrik Gebr. Weißharrth beschäftigten Arbeiter in mehreren Fabrikversammlungen zusammen, um auch in dieser Fabrik einen Tarif einzuführen. Es gelang dies auch und der Erfolg war ohne Arbeits einstellen folgender: für Kassierer im ersten Jahr (Mindestlohn) nach vollenbeizter Lehrzeit 44 J, im zweiten Jahr (Mindestlohn) 48 J, im dritten Jahr (Mindestlohn) 50 J Stundenlohn. Besondere Bestimmungen: für Ueberstunden, von 6—8 Uhr wird ein Zuschlag von 30 Prozent, für alle anderen Ueberstunden sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 60

Prozent bezahlt werden. Der 1. Mai ist freigegeben. Der Vertrag wird auf zwei Jahre abgeschlossen und gilt, wenn er nicht jeweils einen Monat vor Ablauf gekündigt wird ein weiteres Jahr weiter. In Betracht kamen 7 Kassierer.

Nun galt es in den übrigen Wagenfabriken ebenfalls einen Schritt vorwärts zu kommen, indem am 1. Juni de im Jahre 1905 abgeschlossene Tarif ablief. Bei dieser Bewegung kamen sechs Fabriken mit 36 Kassierern in Betracht, von denen 33 unserem Verbands angehörten, 2 waren christlich und 1 nicht organisiert.

Nun ist auch der letzte Kollege für uns gewonnen und wir hoffen, daß sie auch durch die Kämpfe gelernt haben und der Organisation treu bleiben. Das Resultat bei dieser Bewegung ohne Arbeitseinstellung war ebenfalls der Abschluß eines neuen Tarifes, der für Kassierer einen Mindestlohn von 40 und 43 J die Stunde festlegte.

Ab 1. Mai 1908 tritt eine weitere Erhöhung familiäre Löhne und Mindestlöhne um weitere 3 J ein. Ueber sonstigen Verbesserungen werden Ueberstunden von 6 bis 10 Uhr abends mit 25 Prozent Zuschlag, sonstige Ueberstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Dieser Vertrag dauert bis 30. April 1909. Wird bei zu diesem Termin von keiner Seite gekündigt, so läuft der Vertrag stillschweigend ein weiteres Jahr. Wird der Vertrag von einer Seite gekündigt, so hat der kündigende Teil zwei Monate vor Ablauf des Tarifs das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Vermittlung anzurufen.

Die Bestimmungen haben für die in den Wagenfabriken beschäftigten Arbeiter, auch wenn sie von einem auf einen Rechnung arbeitenden Wagner, Schmiede, Sattler- oder Kassierermeister eingestellt sind, in Kraft treten.

Das größte Uebel in unserem Berufe sind unsere Kleinmeister. Bei diesen sind wir, trotz eifriger Agitation noch nicht so weit, daß wir auch hier einmal einen Tarif abschließen konnten. In diesem Jahre wäre es wohl möglich gewesen, auch dort mit den vorherrschenden Uebelständen auszuräumen. Der Oberstammrichter der Münchener Maler- und Kassiererinnung hatte fünf Kollegen wegen der Feier des 1. Mai gemahrgelt. Wegen dieser Herausforderung wurde über die Firma die Sperre verhängt, so daß auch dieser Herr nach einigen Wochen wohl oder übel bei den übrigen Wagenfabriken abgeschlossenen Tarif an Gewerbegericht amerkennen mußte.

Wären die Kollegen bei den anderen Kleinmeistern an dem Damm gewesen, so wäre es ein leichtes gewesen, für München einen einheitlichen Tarif abzuschließen. Auch bei der Firma Rathgeber (Wagenfabrik) sind die dort beschäftigten Kollegen durch die Bewegung der Holzarbeiter wieder nach einigen Jahren bis auf wenige zu der Einsicht gekommen, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Durch die Bewegung haben die Holzarbeiter die 9stündige Arbeitszeit errungen; die Kassierer 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung (9 1/2) erhalten. Auch in der Militär-Betriebswerkstätte ist eine kleine Lohnaufbesserung errungen worden. Die Tätigkeit der Sektionsleitung ist folgende: Abgehalten wurden im verfloffenen Jahre 12 Sektions-, 1 außerordentliche, 4 öffentliche Wagenbauer- und 10 Fabrikversammlungen; ferner 13 Ausschusssitzungen, 11 Wagenbauer-Kommissionssitzungen, 30—35 Werkstatt-Versammlungen. Der Besuch der Sektionsversammlungen ist in letzter Zeit ein besserer geworden als früher, aber immer noch nicht so, wie er gewünscht werden muß, wenn ein gelundes Zusammenarbeiten von den Kollegen verlangt wird. Hier muß jeder seinen Mann stellen, um geschlossenen Vorteile erringen zu können. Auch in dem Punkte „Einhaltung der Berufsarten-Verordnung“, muß von den Kollegen viel energischer gearbeitet werden, nicht daß sich die Kollegen immer nur auf die Verbandsleitung verlassen. Um den Kollegen den weiten Weg in die Versammlung zu ersparen, wurde noch eine zweite Kassierer-Sektion gegründet, wo an jedem 4. Dienstag im Monat Versammlung stattfindet. Nur treten wir in ein neues Jahr ein und hoffen wir, daß die Kollegen noch ein regeres Interesse an der Sache bekommen werden und jeder einzelne agitiert und mitarbeitet zum vollsten Ausbau unseres Verbandes. Auch in Bezug auf die Beitragsleistung müssen die Kollegen mehr Bücksichtlichkeit einhalten, um nicht wegen rückständiger Beiträge gestrichen zu werden. Durch Zusammenschluß zu einem festeren Kollektiv werden wir in der Lage sein, die gemeinschaftlichen Schachtmacherpläne über Bord werfen zu können. Die weiteren Jahre werden noch manche Kämpfe bringen, und daher fordern wir die Kollegenchaft zu größerer Opferwilligkeit und Solidarität auf, um jederzeit gewappnet da zu stehen.

Dankbrüd. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach dem vom Kassierer gegebenen Bericht der Jahresabrechnung hat unsere Filiale eine Einnahme von 1601,80 M., eine Ausgabe von 1560,10 M. zu verzeichnen, mithin haben wir jetzt einen Kassenbestand von 153,48 M. Die Mitgliederzahl beträgt 73, gegen 61 am 1. Januar 1907. 4 Kollegen, die mit ihren Beiträgen im Rückstand waren, wurden gestrichen. In den Vorstand wurden neu- bzw. wiedergewählt: Lange zum 1. Vorsitzenden, Steinke zum 2. Vorsitzenden, Hönchemeyer zum Kassierer, Schachmacher zum Schriftführer, als Revisor die Kollegen Bethmann und Hofe. Eine von der hiesigen Filiale in Melle gegründete Zahlstelle ging leider wieder ein, da den dortigen Kollegen die Lust zur Organisation fehlt, vielmehr lassen sie sich nach wie vor mit niedrigeren Löhnen abpassen. Außer den regelmäßig am 2. und 4. Sonntag im Monat stattfindenden Mitgliederversammlungen wurden 3 außerordentliche Versammlungen abgehalten. Es ist hier zu erwähnen, daß gerade einzelne Mitglieder, die schon jahrelang organisiert sind und eigentlich den jüngeren als Beispiel dienen sollten, fast gar nicht in den Versammlungen erscheinen. Mögen doch die Kollegen bedenken, daß wir hier an Orte noch gar nicht so goldige Verhältnisse haben, und daß hier auch noch einige Unorganisierte arbeiten, da wäre es wohl Pflicht eines jeden Mitgliedes, dafür zu sorgen, daß auch diese Kollegen unseren Reihen zugeführt werden. Im Herbst hatten es sich einige Kollegen zur Aufgabe gestellt, in den Versammlungen kleinere Vorträge zu halten. Mit den Anfänger können wir zufrieden sein, hoffen wir, daß auch im kommenden Jahre diese Kollegen sich dazu bereit finden, zu Unterhaltung und Auffklärung im Interesse der Organisation zu arbeiten. Darum hinein in die Versammlungen möge doch endlich die Parheit aufhören, damit auch hier in Osnabrück endlich etwas geschaffen wird. Die Ver-

Sammlungen tagen vom 25. Januar ab regelmäßig alle 14 Tage.

In die Bauarbeiterschafft in

Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Färkentum Lübeck und den Hansestädten Hamburg und Lübeck!

In Uebereinstimmung mit fast allen Bauvorstehenden und im Auftrage vieler Hilfsvorstände der unten genannten Berufe innerhalb des Geschäftsgebietes der Hamburgischen Baugewerkschaft-Vereinsgenossenschaft haben die Unterzeichneten eine

Bauarbeiter-Schuldenzinsen

ankündigen. Die Konferenz wird Sonntag den 28. Februar in Lübeck im Vereinsbureau, Johannisstraße, abgehalten und beginnt vormitags präzise 10 Uhr.

Tagesordnung:

- 1. Die Abänderung der Unfallverhütungsvorschriften; Ref. S. Kober.
2. Die landesgesetzlichen Bestimmungen betr. Bauarbeiterschutz in Bremen, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg; Ref. S. Heintze.
3. Die Organisation des Bauarbeiterschutzes; Referent S. Kober.
4. Anträge und Vorschläge für die Unfallverhütungsvorschriften.

Die beteiligten Bauarbeiterorganisationen werden ersucht, umgehend Stellung zu dieser Konferenz zu nehmen. Es gilt hier vor allem, in der Öffentlichkeit zu beraten und anzukündigen, was die Bauarbeiterschafft zu ihrem Schutze fordert. Bezüglich der Vertretung ist den Gewerkschaften vollständig freie Hand gelassen. Es ist zulässig, daß die einzelnen Branchen für einen Ort oder auch für mehrere Orte gemeinsam einen Delegierten entsenden. Die Delegierten haben sich durch ein Mandat auszuweisen, für jeden Ort ist ein besonderes Mandat notwendig. Falls ein Delegierter mehrere Berufe vertritt, so ist dieses auf dem Mandat anzugeben.

Nach erfolgter Wahl ist das Wahlprotokoll sofort spätestens bis zum 12. Februar an die Einberufer einzuschicken. Die Formulare für die Wahlprotokolle sind von den Einberufern oder den Bauvorstehenden zu beziehen.

Die Wahl der Delegierten hat in öffentlichen oder in Mitgliederversammlungen oder in gemeinsam tagenden oder in Branchenversammlungen zu erfolgen.

Die Unkosten der Delegation haben diejenigen zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Anträge für die Konferenz sind bis zum 15. Februar an Hugo Kober in Hamburg einzuschicken.

Die Konferenz wird um 6 Uhr beendet sein, so daß mit wenigen Ausnahmen die Delegierten denselben Tag wieder in ihre Heimat kommen können.

Die Abreise des Lokalkomitees ist S. Mühl, Lübeck, Adlerstr. 38, III.

Alle Sendungen und Anfragen an die Einberufer der Konferenz sind an S. Kober, Hamburg, Besenbinderhof 56, zu richten. Hamburg, im Januar 1908.

Die Einberufer:

- C. Gräning, Bauarbeiter; Hugo Kober, Maurer; S. Mühl, Maurer; S. Lonn, Maurer; Wb. Hoff, Zimmerer.

Für die Konferenz kommen folgende Berufe in Betracht: Bahnhöfenarbeiter, Bauklemmer, Bauhölzer, Baufacharbeiter, Bildhauer, Dachdecker, Maler, Maler, Maurer, Ofenbauer, Steinhauer, Steinseher, Stukkateure, Zimmerer.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Eine „weiße“ Gründung. Am 25. Dezember v. J., also am Weihnachtstage, hat sich, wie die stammende Mitwelt leicht erst erfährt, in aller Stille eine neue Gründung vollzogen. Wie wir hürgehrlichen Wittern entnehmen, ist ein „neuer Arbeiterbund für Hamburg-Altona“ gegründet worden. Der Macher des Ganzen, ein Herr G. Witte, führte aus, der Bund bezwecke, alle seiner Organisation und namentlich seiner sozialdemokratischen Organisation angehörenden Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Es wird ein Monatsbeitrag erhoben, ferner Rechtschutz in Streitigkeiten bei Lohnfragen, z. B. durch gütliche Vereinbarung mit den Arbeitgebern gewährt, um so Streiks unnötig zu machen und dem Terrorismus, der vielfach in den sozialdemokratischen Arbeitervereinen andauerndes gegenüber ausgeübt wird, wirksamer begegnen zu können. Von einem Diskussionsredner wurde betont, daß der neue Bund keine „rote“ und keine „gelbe“, sondern eine „weiße“ Gewerkschaft sein wolle. Die Gründung ist offenbar einige Wochen zu früh erfolgt. Man hätte die Karnevalszeit abwarten sollen.

Wearbeiterschutt und Bleiglasfabrikation. Eine bedenkliche und höchst ansehnliche Auslegung der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 26. Mai 1903, die dem Sinne dieses Erlasses geradezu ins Gesicht schlägt, ist kürzlich vom Kammergericht vorgenommen worden. Gewerbeamt Dr. Löwenstein in Potsdam hatte im Jahre 1904 auf Anweisung seiner vorgelegten Behörde an die Ofenfabrikanten zu Berlin eine Verfügung erlassen, die die Abteilungen ihrer Betriebe, in denen die stark bleihaltigen Glasurmassen für die Nachem hergestellt werden, mit den Arbeiterschuttsvorschriften des Erlasses von 1903 in Einklang zu bringen. Das lehnten die Ofenfabrikanten mit dem Hinweis ab, jene Bekanntmachung beziehe sich nur auf Bleifarben, Bleiprodukte und oxydische Verbindungen. Die Bekanntmachung spreche allgemein von „Bleifarben und anderen chemischen Bleiprodukten oder bleihaltigen Farbgemischen“ und gebe für die Oxydierkammern besonders ausführliche Anweisungen. Die Nachgelassenen fielen aber trotz ihres hartnäckigen Widerstandes nicht unter beratige oxydische Verbindungen. Auf die Klage der Gewerbeaufsicht verurteilte das Spandauer Schöffengericht 34 Ofenfabrikanten, das Berliner Landgericht aber sprach sie frei und das Kammergericht trat dem Urteil auf Grund des Obergutachtens des Chemikers Dr. Puppel bei, der zwar zugab, daß die zur Glasur verwandten Weichere etwa 80 Proz. Blei und 20 Proz. Zinn in oxydierter Form enthielten, aber ihnen den Charakter einer chemischen Bleiverbindung absprach, weil der Prozentgehalt der Zusammensetzung schwankte. Infolgedessen erklärte das Kammergericht, daß die Glasurfabrikation den Vorschriften der Bekanntmachung nicht unterliege. Mit Recht weist das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission in einer Besprechung dieser Entscheidung darauf hin, daß hier nach Gesichtspunkten der theoretischen Chemie und nicht nach den etzwa zulässigen Ge-

sichtspunkten der praktischen Gewerbehygiene verfahren sei, und erinnert an ein Gutachten des Kammerrats Dr. Ehrlich (von der Firma Willeh u. Koch), zu Händen der Sonderkommission für die Frage der Verwendung von Bleiglasuren und Farben“ für die 28. Hauptversammlung des Verbandes keramischer Gewerbe in Deutschland, das die Gefahren der Bleivergiftung für die aus der Herstellung bleihaltiger Glasurmassen beschäftigten Arbeiter in weitem Umfange anerkennt.

In diesem Zusammenhange sei auch an eine kleine Streitschrift des Fabrikarbeiterverbandes zu Weihen erinnert, die einen Vortrag von Dr. med. Weiffer über die Berufskrankheiten in der keramischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung der Bleivergiftung (Weihen, R. Schmidt) und im Anhang Material zum Verfahren vor dem ärztlichen Ehrengericht, das die Weiskener Ofenfabrikanten gegen Dr. Weiffer veranlaßt hatten, wiedergibt. Danach hat eine Umfrage bei den 28 Ofenfabrikanten der 4 größten Ofenfabriken Weiskens ergeben, daß auf 17 dieser Arbeiter insgesamt 55 Erkrankungen und darunter wieder auf 12 Glasierer 19 Weiskenerkrankungen entfielen, deren durchschnittliche Dauer 4,4 Wochen betrug. Und diese Erkrankung erstreckte sich nur auf die widerstandsfähigsten Glasierer, die seit mindestens einem Jahre diese Tätigkeit ausübten. Die Erhebungen derselben Art ergaben weiter, daß zum Glasieren und Ausbrennen der frischglasierten Ware mehrfach Frauen herangezogen werden, die weder Glasiererschutzmäntel noch Mägel erhalten, trotzdem die Arbeiterchafft bereits im Frühjahr 1906 in eine Tarifbewegung u. a. auch wegen Beschaffung der Schutzmäntel und Lieferung von Mägel eingetreten war. Hier liegen höchst bedenkliche Zustände vor, auf die die Bekanntmachung des Reichsanwalters sinngemäß unbedingt Anwendung finden muß.

Christliche Slavenmoral. In einer Versammlung des katholischen Arbeitervereins in Allenstein, der der Berliner Richtung (Facharbeiter) angehört, hat jüngst der neuernannte Diözesanpräses, Herr Dr. Behmann, eine Rede gehalten, über die das Allensteiner Zentrumblatt folgendes berichtet: „Eine Tugend des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit, die der Herr Diözesanpräses den Anwesenden ganz besonders ans Herz legte und hierbei auch betonte, wie oft im Verein keine Missetatigkeiten von manchen Mitgliedern aufgedeckt würden. Eine besondere Waffe des christlichen Arbeiters ist die Anspruchslosigkeit, denn anspruchlos und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen, so daß jeder sich daran erbauen kann. Eine weitere Pflicht ist, sich in seinem Berufe mit Liebe zu betätigen. Denn die Liebe zur Religion und Arbeit schafft Frieden im Herzen des Arbeiters und hilft die Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überbrücken. Im Lichte des Glaubens betrachte ein jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott auferlegte Ruhe und Notwendigkeit im Kampfe um das tägliche Brot. Ganz besonders behandelte der Herr Präses den Missetat und die Faulheit als ein großes Verbrechen vor Gott und den Menschen; dazuleben beleuchtete er den Streik als einen Hochmut vor Gott und Auflehnung gegen das Sittengesetz. Sodann behandelte er das Prinzip, das die katholischen Fachabteilungen verfolgten, die prinzipielle Gegner des Streiks sind und durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern. Dazuleben muß der Arbeiter in Erene und Abhängigkeit seinem Brotherr ergeben sein, der dieses stets seinen Arbeitern bestens lohnen wird.“

Der Herr Präses hat dem Kern der christlichen Moral erfaßt und er durfte frei von der Feyer weg reden, da er es mit Zuhörern zu tun hatte, die nach Christentum im Reibe haben und christlich sind bis auf die Knochen. Seine Kollegen in Gegenden, wo die Arbeiter allmählich zum Massenbewußtsein erwachen, haben es nicht so leicht. Dort rebellieren die Arbeiter gegen eine solche Slavenmoral und deshalb müssen die geistlichen Arbeiterführer dort andere Töne anschlagen und auch etwas von den Rechten der Arbeiter reden. Hieraus erklärt sich auch die Opposition, die sich in christlichen Gewerkschaften gegen diese „Erziehung zur slavischen Hundenmüt“, wie es wörtlich heißt, bemerkbar macht. Diese etwas modern angehauchten Christen verpassen dabei nur, daß das Christentum überall dort, wo es noch unumhränkt herrscht, die Masse des Volkes in materieller und geistiger Sklaverei zurückhält. Das ist eben der Geist der christlichen Slavenmoral, die aufs Jenseits vertritt.

Der außerordentliche Kongress der freien Vereinigung der Gewerkschaften (Lokalorganisationen) der in Berlin vom 22. bis 24. Januar tagte, lehnte die Verschmelzung mit den Verbänden mit 88 gegen 48 Stimmen ab. Die Vertreter der Maurer, ein Teil der Zimmerer und Bauarbeiter verließen darauf, nachdem sie eine entsprechende Erklärung abgegeben hatten, den Kongress. Die lokalorganisierten Maler von Berlin, in Summa 188 Personen, waren durch 2 Delegierte vertreten, die selbstverständlich in Wahrung ihrer imponierenden Macht- und Einflußlosigkeit gegen die Verschmelzung stimmten.

Ein Stück sozialer Fürsorge. Mit dem 1. Januar 1907 trat ein Gesetz in Kraft, das die Herstellung von Zündhölzern mit weißem Phosphor verbietet. Vom 1. Januar 1908 an dürfen solche Zündhölzer auch nicht mehr feilgehalten oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Damit ist eine Fabrikation aus Deutschland verschwunden, die den bei ihr beschäftigten Arbeitern lange Zeit hindurch furchtbare Opfer an Gesundheit und Leben auferlegt hat. Bereits im Jahre 1900 stellte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage einen auf das Verbot hinielen- den Antrag, der jedoch keine Unterstützung fand und sogar vom Zentrum und Freisinn bekämpft wurde. Drei Jahre später machte die Regierung den sozialdemokratischen Antrag notgedrungen zu dem ihrigen. Das damals zustandgekommene Gesetz gewährte den Fabrikanten eine Frist von fünf Jahren zur Umänderung ihrer Betriebe. Ge- wöhlich recht rücksichtsvoll, wenn man die schweren, unauflösblichen Gesundheitsschädigungen in Betracht zieht, welchen die in der Phosphorbranche beschäftigten Arbeiter unterworfen waren. Die sog. Phosphornekrose, der durch die giftigen Phosphorverbindungen hervorgerufene Knochenbrand, besonders des Unterleifers, konnte durch keine Schutzmaßnahmen verhütet werden. Es hat lange gedauert, bis die deutsche Gesetzgebung sich in dieser sozialpolitischen Tat aufschwang, von der allerdings nur verhältnismäßig wenige Arbeiter berührt werden. Ganz anders, wenn man dagegen das große Gebiet der gewerblichen Weiskerung in Betracht zieht. Hier kommen Tausende und Abertausende Kollegen und Arbeiter unverschieden Berufe in Frage, (ganz abgesehen von den

viesen ebenfalls in Mitleidenschaft gezogenen Arbeitern gewisser anderer Berufe), die unter der ständigen Gefahr der Weiskerung zu leiden haben. Daß die bestehenden Schutzvorschriften in unserem Gewerbe völlig verfallen, ja, verfallen müssen, haben wir des öfteren bewiesen. Nur ein völliges Verbot kann auch hier in Frage kommen, um viele Hunderte redlich schaffender Arbeiter vor schleichendem Siedum und Gled zu bewahren. Wir fragen: Wann wird die deutsche Reichsgesetzgebung endlich dahin gelangen, auch auf diesem Gebiete die so selbstverständliche Maßnahme zu treffen?

Christliches Nonchalam. Die christlichen Gewerkschaften wissen bekanntlich nicht genug darüber zu zernern, wie sehr sie unter dem Terrorismus der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ zu leiden haben. Sorgfältig wird dann in ihrer Presse registriert, wenn irgendwo ein „Terrorismussfall“ aufgetrübtert worden ist, den man ohne viel Federlesens der betr. Organisation dieser Arbeiter in die Schuhe zu schieben versucht, wie es erst kürzlich auf der Bremer Wert passiert ist. Von wem in Wirklichkeit Terrorismus, und zwar Terrorismus schlimmster Art, ausgeübt wird, das hat eine Verhandlung offenbart, die nach der 2. U. dieser Tage vor dem Schöffengericht in Alschaffenburg stattfand. Angeklagt waren der Vorstehende des christlichen Schneiderverbandes, Filiale Großostheim, Gabriel Hölling, der Kassierer Wam Zengel und das weitere Vorstandsmittglied Christ. Hölling, sämtlich Konfektionschneider. Und zwar lautete die Anklage auf gemeinschaftliche schwere Körperverletzung. Die drei Angeklagten hatten wiederholt versucht, den Konfektionschneider Ludwig von Großostheim, der dem freien Schneiderverband angehört, für die christliche Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen. Und als Ludwig darauf nicht einging, beschlossen sie, blutige Rache an ihm zu üben. Bei einer Obstbaumverlosung am Sonntag, den 24. November v. J., war Ludwig auf unerklärliche Weise die Mühe weggekommen. (Wahrscheinlich hatten sie die drei Hürchen absichtlich verdeckt.) Ludwig wartete also, bis sich der Schwarm der Gäste verlaufen hatte und suchte dann seine Mühe. Da die drei „Kollegen“ noch im Saale waren, frug er auch diese, ob sie nicht wüßten, wo seine Mühe sei. Als Antwort fürzte sich Zengel mit roher Mühte auf ihn und würzte ihn an Gasse. Dabei rief er: „Geht verreckt du noch, auf dich warten wir schon lange!“ Ludwig riß sich mit den Worten los: „Laßt mich in Ruhe, ich habe mit euch nichts!“ Nach diesem Zwischenfall begab er sich sofort auf den Heimweg. Als er in die Nähe seiner Wohnung kam, wurde ihm von den drei Angeklagten aufgelauert. Mit einer Schippe und einem Besenstiel bewaffnet fürzten sich zunächst Hölling und Hölling auf den ahnungslosen Ludwig und bearbeiteten ihn derart, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Der schwer Mißhandelte bat und flehte: „Laßt mich hoch los, ihr schlagt mich ja tot!“ Das wurde von den Unmenschen damit beantwortet, daß sie unter erneuten Schlägen schrien: „Jawohl, verrecken sollst du, du Hund!“ Da dieser Vorgang sich in nächster Nähe der Wohnung Ludwigs abspielte, wurde die Frau durch den Lärm wach. Sie eilte auf die Straße und sah dort ihren Mann liegen. Mit dem Rufe: „Hülfe, Hülfe, ich schlage meinen Mann tot!“ fürzte sie sich auf ihn, um ihn mit ihrem Körper zu schützen. Dabei muß beachtet werden: Frau Ludwig war hochschwanger und liegt bald ihrer Niederkunft entgegen. Das wußten auch die Angeklagten. Was taten nun diese drei Missetäter? In ihrer fanatischen Wut schlugen sie nunmehr auch auf die arme wehrlose Frau ein, und wer weiß, welchen Ausgang dieser unmenschlich rohe Gewaltakt noch genommen hätte, wenn nicht, durch den Lärm aufmerksam gemacht, andere Dorfbewohner zur Stelle eilten, bei deren Annäherung die wackeren Helden die Flucht ergriffen. Ludwig wurde blutüberströmt und ohne Besinnung in seine Wohnung getragen. So der Tatbestand, wie er durch die verschiedenen Zeugen eidlich bekräftigt wurde. Ludwig befindet sich heute noch in ärztlicher Behandlung. Das Schöffengericht Alschaffenburg verurteilte Gab. Hölling und Christ. Hölling im Sinne der Anklage zu je 3 Monaten 25 Tagen Gefängnis, Wam Zengel, der weniger aktiv war, zu 15 Tagen Gefängnis, sowie alle drei zur Tragung der Kosten.

Gerichtliches.

Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht dasselbe. Wie häufig ist es schon vorgekommen, daß streikende Arbeiter, die ihren arbeitswilligen Kollegen eine Leacht Prügel androhten, mit schweren Strafen belegt worden sind. Und wenn sie gar unbedachte Worte gebrachten, wie: „Ich werde dir den Hals umbrehen!“ oder: „Du wirst kalt gemacht, wenn du weiter arbeitest!“ so regnete es mehrere Monate Gefängnis auf die Sünder herab. Vergebens behaupteten sie, daß sie die Worte nicht ernst gemeint hätten, sondern daß sie nur als eine unbedachte Nebenart aufzufassen seien. Die Gerichte kümmerten sich nicht darum und das Reichsgericht entschied sogar, es komme nicht darauf an, ob die Drohung ernst gemeint gewesen sei, sondern es genüge, daß der Bedrohte sie als eine ernste Drohung aufgefaßt habe. Mit dieser ständigen Rechtsprechung vergleiche man nachstehende Gerichtsverhandlung. Ein Hamburger Großkaufmann hatte sich wegen versuchter Nötigung vor dem Landgericht zu verantworten. An einem Sonntagmorgen fand auf der Alster eine Segelregatta statt, an der der Angeklagte aktiv teilnahm. Er hatte Aussicht, den Sieg zu erringen, als ihm plötzlich ein fremdes Segelboot in die Bahn kam, in dem sich drei junge Leute befanden. Zunächst nahm er an, das fremde Boot würde ihm ausweichen, wie es bei der Regatta Brauch ist, als er aber merkte, daß dies nicht der Fall war, rief er den Insassen des Bootes zu: „Geht mir aus dem Wege, sonst rene ich euch in den Grund!“ Gleich darauf erfolgte eine Kollision, bei der das fremde Boot ein paar unweissentliche Beschädigungen davontrug; da seine Insassen befürchteten, es würde kentern, wollten sie in das Boot des Angeklagten überklettern, doch wurden sie mit schroffen Worten abgewiesen, weshalb sie den Vorfall zur Anzeige brachten. Der Angeklagte räumt ein, daß er in der Hitze des Wettrenns die Aeußerung getan habe, die aber nicht ernst gemeint gewesen sei; er habe sich selbstverständlich über das fremde Boot und dessen Insassen geärgert, weil sie ihm den Sieg bereitelten hätten, und daraus erkläre sich sein Benehmen nach der Kollision; er sei der Meinung gewesen, daß man ihn habe schikanieren wollen. Nach Vernehmung mehrerer Zeugen und Sachverständiger erklärt der Staats-

anwalt, daß er die Anklage der Sachbeschädigung fallen lasse, da er nicht mehr annehme, daß der Angeklagte absichtlich das Boot angerannt habe, dagegen liege eine versuchte Nötigung vor, da er durch die Drohung, er werde das fremde Boot in den Grund rennen, die Reugen habe aus ihrem Sturze herausdrängen wollen. Weil die Sache sehr milde liege, erscheine eine Geldstrafe von 100 M als eine angemessene Sühne. Der Verteidiger beruft sich auf die Befundung der Sachverständigen, daß ein derartiger Vorfall, wie sein Klient ihn gebraucht habe, bei jedem Wettsegeln vorkomme, ohne daß irgend ein Mensch ihn ernst nehme; er sei keineswegs als eine Drohung aufzufassen, sondern als eine energische Aufforderung, Platz zu machen; der Angeklagte habe damit rechnen dürfen, daß einem Rennboot der Weg frei gegeben werde, wie es auf der Meeresfahrt sei, und er habe deshalb in starken Ausdrücken, die aus seiner großen Erregung zu erklären seien, die Freigabe des Weges gefordert. Es liege deshalb keine ernstliche Drohung vor, weshalb Freisprechung erfolgen müsse. Der Staatsanwalt erwidert, daß es bei einer Nötigung nicht darauf ankomme, ob die Drohung ernst gemeint sei, sondern daß es genüge, wenn sie von dem Bedrohten als ernst aufgefaßt werde. Der Gerichtshof verkündet das Urteil, wonach der Angeklagte von der Anklage der versuchten Nötigung freigesprochen wird, da keine wirkliche, ernstgemeinte Drohung vorliege, sondern nur eine in kräftige Worte gekleidete Aufforderung.

Wenn ein Großkaufmann broht, er werde ein Boot in den Grund rennen und wenn er das Boot dann wirklich anrennt, so daß die Insassen beinahe ertrinken, so geschieht ihm nichts, — wenn aber ein Arbeiter in seiner Erregung ein paar starke Worte gebraucht, so spaziert er ins Gefängnis. Das nennt man: Gleiches Recht für alle!

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Preussischen Parteitagess ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Verhandelt wurden auf diesem Parteitage: Die Organisation in Preußen. — Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Landtagswahlen 1908. — Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. — Selbstverwaltung und Gemeinde. Wir empfehlen das Protokoll, das reichhaltiges Material zur Beurteilung der preussischen Staatsverhältnisse darbietet. Der Preis für die gute Ausgabe beträgt 2 M.; eine billige Ausgabe für Vereine zc. kostet 50 S.

„In Freien Stunden“. Von dieser Wochenchrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrgangs vor. Wir bitten unsere Leser, für diese, den Arbeitern und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen zc. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, 68.

Von der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, das 14. Heft

erschienen. Es behandelt die Verhütung und Heilung des Stotterns.

Metallarbeiter-Monatskalender 1908. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Druck und Verlag von Alex. Schilde u. Co., Stuttgart.

Eingefandt.

Mit dem Inhalte des Eingefandt in Nr. 3 des V.-A. kann ich mich voll und ganz einverstanden erklären, z. B. besitzt die Firma Aug. W. enner eine Filiale in Hagen und beabsichtigte vor längerer Zeit, in Düsseldorf ebenfalls eine solche zu errichten. Da nun auf derselben Werkstelle das verdeckte, organisationsfeindliche System besteht, haben unsere reisenden Kollegen, wie die Kollegen in Hagen und Düsseldorf ein Interesse daran, daß sie mit den Umständen dieser Werkstellen bekannt werden, damit sie sie auch in der günstigen Konjunktur berücksichtigen können. Die betreffenden Nachkollegen sind so von christlicher Demut durchdrungen, daß sie auch eine christliche Organisation als gefährlich für ihr Seelenheil betrachten, aber es nicht verschmähen, für einige Liebesgaben ihre Mitkollegen zu veratzen.

Darmen.

C. Sch.

Sterbetafel.

Breslau. Am 22. Januar verschied der Kollege William U b a m, geb. 11. Dezember 1878 zu Breslau.

Düsseldorf. Am 4. Januar 1908 starb der Kollege P a r l S c h n a u an Nierenentzündung, 20 Jahre alt.

Dresden. Am 5. Januar verstarb unser Kollege P a u l K a m i n o w s k y an der Lungentuberkulose im Alter von 37 Jahren.

Essen. Am 29. Dezember 1907 verschied infolge Lungenentzündung unser Kollege S c h i t t e r im 47. Lebensjahre.

Köln. Am 21. Januar starb nach kurzem schweren Leiden unser Mitglied F o h. P u r t h im Alter von 38 Jahren.

Nowawes. Am 1. Januar 1908 starb Kollege A l b e r t F r ü g e r infolge Herzschlags, 46 Jahre alt.

Potsdam. Am 22. Januar starb unser langjähriges Mitglied M a z K a h l e r im 50. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!

Richtigstellung. In Nr. 4, Seite 29, ist in der zweiten Spalte, 7. Zeile von oben, eine Zeile ausgelassen, die lautet: „Reiseumfang, sondern auch der Geldbeutel wieder zugenommen habe.“ Die 6. Zeile von oben muß wegfallen.

Vereinsteil.

Bekanntmachung.

Das Herbergslokal in Colmar befindet sich jetzt Logebacherstraße, Restaurant Miegel.

Duplikate wurden für folgende Kollegen ausgestellt: Ernst Kirchhoff, Buchn. 33360, bez. 52 B. 07, Herford; Otto Grewe, Buchn. 43034, bez. 50 B. 07, Rasthof. Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 21. bis 27. Januar 1908.

Für das 1. Quart. wurde eingefandt: Herzfeld M 19.91, Metz 93.20, Bismarck 406.45, Birmasens 11.97.

Berichtigung. In der Quittung der vorigen Nummer ist nachzutragen: Friedberg M 266.98.

Material wurde versandt:

B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatsmarken.

Mantenburg a. S. 200 B. a 50 A, 200 B. a 20 A 10 C.; Bremerhaven 2000 B. a 35 A; Dresden 1000 B. a 50 A; Schwabe 2000 B. a 20 A; Plensburg 30 C. Fürstenwalde 100 B. a 20 A, 10 C.; Viehen 1600 B. a 25 A, 5 D.; Greiz 800 B. a 50 A; Herford 400 B. a 25 A; Meisse 3 C.; Nowawes 800 B. a 20 A; Oppel 10 C.; Posen 400 B. a 20 A; Solingen 30 C.; Sonderburg 20 C.; Spandau 1200 B. a 20 A; Wernigerode 20 C. S. Wenker, Kafflerer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 19. bis 25. Januar 1908

Ueberhülle von den örtlichen Verwaltungen wurde eingefandt von Nollenbaum-Hagen i. W. 800 M.; Oberg Straßund 100 M.; Nowak-Cottbus 45 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden ab gefandt an Adam-Breslau 500 M.; Gisinger-Konstanz 100 M.; Holl-Wiesbaden 100 M.; Döring-Görlitz 300 M. Wirsching-Würzburg 100 M.; Münch-Heidelberg 200 M. Käthe-Ludwigshafen a. Rh. 110 M.; Mayer-Poppo 50 M. Krebs-Raffel 200 M.; Rabit-Landau i. Pf. 50 M.; Wünger Berlin 3000 M.; Ursberg-Dortmund 200 M.; Wackhaus Elberfeld 200 M.; Krause-Bremen 100 M.; Knepper-Crefeld 100 M.; Braumann-Barmen 200 M.

Krankengelder erhielten Buchn. 20205 B. John in Donstanz 21 M.; Buchn. 32325 S. Matthies in Wötker in Schlesw. 21 M.; Buchn. 22938 S. Koch in Stettin 12.60 M. Buchn. 1182 S. Jädel in Pellen 16.80 M.; Buchn. 1267 S. Leberer in Schlacht i. B. 29.40 M.; Buchn. 12384 S. Steingel in Singen i. B. 27.30 M.; Buchn. 27275 S. Thurnert in Lutter i. Eichsf. 18.90 M.; Buchn. 32028 S. Nepein in Rott 7 M.; Buchn. 18674 D. Krumnow in Welter (Markt) 12.60 M.; Buchn. 30380 S. Gumpel in Pfaffschwende i. Eichsf. 12.60 M.; Buchn. 27701 S. Schaal in Geislingen i. B. 25.20 M.; Buchn. 23085 B. Otto in Welter (Markt) 12.60 M.; Buchn. 14921 M. Hartling in Miela 16.80 M.; Buchn. 26511 B. Bergener in Landshera a. B. 10.50 M.; Buchn. 7229 C. Evers in Mülln i. S. 39.90 M.; Buchn. 17199 F. Förster in Schweller 14.70 M. Buchn. 18683 S. Stange in Cuxhaven 31.50 M.; Buchn. 876 S. Kühnle in Angermünde 23.10 M.; Buchn. 2947 Max Stachmat in Guben 12.60 M.; Buchn. 28568 A Zimmer in Wissa i. B. 16.80 M.

S. S. Bulle, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

Anzeigen.

Gesucht ein tüchtiger erster Wagenlackierer

für dauernde Arbeit in Westfalen. Lohnansprüche u. Zeugnisabschriften erwünscht. Wappen-, Schrift- u. Monogrammalerei erforderlich. Offerten unter R. B. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Hainund Henbaum,
gib Deine Adresse an. Zeugenspflicht.
Fritz Löpp, Oberhausen.

Achtung!

Wer die Adresse des Kollegen Rudolf Binder, geb. 17. Mai 1887 zu Leipzig, Buchn. 109916, ausfindig machen kann, wird gebeten, sie sofort nach hier mitzuteilen. [N. 1.20] Filiale West.

Maler an jedem Orte gesucht, welche den Vertrieb hochleg. Konkurrenz! Neuh. nebenbei üben. Hoher Verdienst! Auskunst! Kostenlos an Jedermann.
Herrn. Wolf, Bwidau i. S., Nordstr. 30.

Malanleitungen

leicht fasslich und sehr instruktiv geschrieben. Allerlei Malverfahren 1.25 Mk., Aquarellmalerei 75 Pfg., Blumenmalerei 60 Pfg., Landschaftsmalerei 2.— Mk., Holzmalerei 1.50 Mk., Intarsiamalerei 1.— Mk., Malerei auf jede Art Stoff 1.50 Mk., Brandmalerei 75 Pfg., Tiefbrand 1.— Mk., Kerbschnitt 1.— Mk. und viele anderen Techniken. Ausführl. Prospekt frei! E. Haberland in Leipzig-R.

Lager in prima Pinseln,

Waschbürsten, Leitern, Farbkeulen, Läden, Farben, Schablonen und Pauspapier. Spezialgeschäft in vollständiger Einrichtung von Malerwerkstätten. Solide Ware die billigster Berechnung.

P. Steel, Nürnberg, Obere Würthstr. 18.

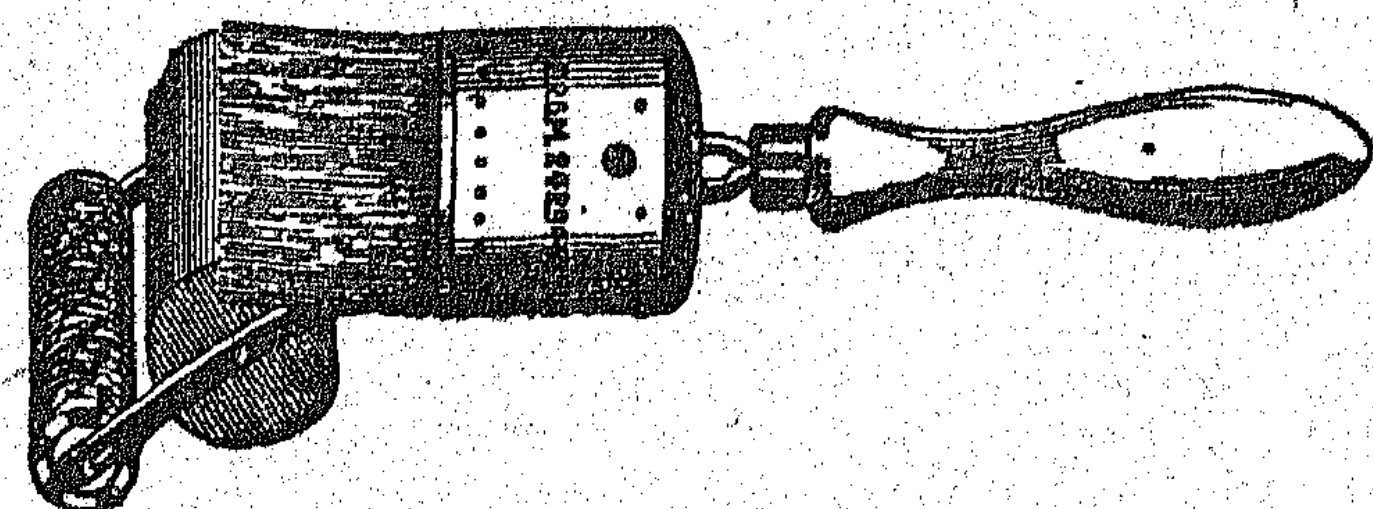
50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—, Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturgetreu). Ph. Brühl, Seessen i. Westf.

Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der letzten aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahlstelle beziehen, nur 1 Mk.

Porenrollen Weiershausen.



Preis per Paar Mark 6.—, besteht aus folgend. Breiten: 1 Zoll und 2 1/2 Zoll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Zoll Breite Mark 4.50.
Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19, Schute für Holz- u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

Jeder intelligente Maler wird sich in seinem Interesse und im Interesse seiner Firma über die Fortschritte der einschlägigen Industrie orientieren. Prospekt über das rühmlichst bekannte

Mahlers Fondin

versendet gratis und franko **Mahler & Co., Bamberg II.**

Schmitz geschützte „Reform-Spachtel“
ist in Folge ihrer Konstruktion und Form die elastischste und beste

Spachtel der Gegenwart.

A. Friedrich Schmitz, Stahlwaren- und Malerwerkzeug-Fabrik Cronenberg (Rhld.)
Vorteilhafteste Bezugsquelle aller Sorten Malerwerkzeuge
nur für Wiederverkäufer.

Restaurant „Klosterschenke“
Dresden-Mittstadt, Ecke Lillen- u. Seilerg
Verkehrslotal der Maler, Lackierer, Anstreicher, Arbeitsnachweis, Bibliothek und Zahlabend. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse. Reichhaltiger Frühstück & Mittag- und Abendstisch bei billigen Preisen. ff. Biere.
August Heinrich

Malerschule
von Wilh. Schüle.
Hamburg 15.

Verlangen Sie, Kollege, zur Probe 1 einen Satz Greizer, Perlner- und Delstrichzieher, je einen Satz Minder- und Hahhaarmalpinsel, einen Dachvertreiber, einen Schläger, einen Wadler (je 3 Zoll breit), einen Satz Stahl- und Lederkamm (je 10 Zoll), eine Blechpalette, zu M 14.50 per Nachnahme.
G. Job, Nürnberg, Tschelgasse 18

„Süddeutsche Postillon“
Humoristisch-satirisches Witzblatt.
Preis pro Nr. 10 Pfg.
Verlag von M. Ernst in München

Maler-Mäntel
nur eigenes Fabrikat und beste Qualität Umlegebaren, schräge Taschen
110 120 130 140 cm lang
3.— 3.10 3.25 3.40 M
Mützen 40 S, Messel-Dosen 2.10 M, Drell-Posen und Sacken von Leinen a 2.80 M Extra-Größe per Stück 3.— M.
D. Wurzel & Co., Berlin
Brückenstraße 18, I.
Der heutigen Nummer liegt die Nr. des Korrespondenzblattes für die Bewo!mächtigten und Vertrauensleute bei.
Für die Redaktion verantwortlich M. Ma Hamburg, Schmalenbekerstr. 17. Verlag von S. Wenker, Hamburg 2 Druck von Friedrich Meyer, Hamburg 2